



Informationsdienst  
des Bayerischen  
Bauindustrieverbandes e.V.  
Dez. 1999 · 44. Jahrgang

**i<sup>12</sup>.d.**



**Bayerische  
Bauindustrie**



<b>Zur Jahreswende</b> . . . . .	1	<b>Bautechnik</b>	
		Informationstechnologie	
		für den Bau . . . . .	17
<b>Bauwirtschaft und Konjunktur</b>		<b>EthikManagement der Bauwirtschaft</b>	
Bau Bayern: Mehr als die Hälfte		Unternehmensethik: Instrumente	
der Firmen hat zu wenig Aufträge . .	2	und praktische Erfahrungen . . . . .	18
ifo-Geschäftsklima Bau:			
Schaubilder . . . . .	4		
<b>Baumarkt: Theorie für die Praxis</b>		<b>Tarif- und Sozialpolitik</b>	
Wertungsphase der Angebote:		Werden die Gewerkschaften	
Chancen werden zu wenig genutzt . .	5	noch verstanden . . . . .	19
<b>Aus der Verbandsarbeit</b>		<b>Recht</b>	
Mitgliederversammlung		Aktuelle Rechtsprechung . . . . .	20
Bezirksverband Oberfranken . . . . .	7	<b>Aktuelle Meldungen</b> . . . . .	22
Erfolg durch Übernahme von		<b>Persönliches</b> . . . . .	23
Führungsverantwortung . . . . .	7	<b>Vorschau</b>	
Klare Kritik an der Deutschen Bahn .	9	Seminare und Veranstaltungen. . .	24
Arbeitsausschuss		<b>Statistik</b> . . . . .	25
Recht und Steuern. . . . .	10		
Schulterschluss zwischen			
Theorie und Praxis. . . . .	10		
<b>Bau in Bayern 1900 - 2000</b>			
Vom Fortschritt geprägt,			
das Land gestaltet. . . . .	11		
<b>Aus der Verbandsarbeit</b>			
Verkehrsinfrastruktur aus			
der Krise helfen . . . . .	15		
<b>Aus der Politik</b>			
Richtungsweisende Entscheidung des			
EuGH zum Vergaberechtsschutz . . .	16		

**Impressum**

Herausgeber:  
Bayerischer  
Bauindustrieverband e.V.  
München

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Gerhard Hess

Redaktion:  
Dr. Benedikt Rüchardt

Titelbild: Klaus Kinold

Besser aufgestellt hat sich die Bayerische Bauindustrie im Jahr 1999. Die Auftragslage war – gerade im Sommer – ordentlich, Bayerns Bauunternehmen konnten trotz harten Wettbewerbs auch außerhalb der Landesgrenzen überdurchschnittlich Aufträge akquirieren. Zunehmende Suche nach qualifiziertem Nachwuchs bestätigt: Wir sehen mit etwas mehr Optimismus nach vorne. Auch der Bayerische Bauindustrieverband konnte Zeichen setzen: In der Steuerpolitik, zur Verkehrsinfrastruktur, im Tarifwesen, besonders markant in der Vergabepolitik, in der Bildungspolitik – das BauindustrieZentrum Stockdorf strahlt in neuem Glanz. Konsequentes Gestalten der Rahmenbedingungen für den Bau: das ist der Auftrag des Verbandes.

## Zur Jahreswende

Erfolge geben Zuversicht. Aber unser größtes Problem bleibt ungelöst: der wachsende Anspruch des Staates, gegen wirtschaftlichen Sachverstand und wenn es passt geltendes Recht Schlitten zu fahren mit den Unternehmen, denen er doch Wohlstand und Perspektive verdankt. Verfassungswidrige Unternehmerhaftung, konfiskatorische Steuer- und Abgabepolitik (nächster Fall: die Erbschaftssteuer), Aufblähung der Sozialhaushalte in ungekannte Größenordnungen, Austrocknen der Investitionsetats, Schrei nach neuen Gesetzen, bevor die Ursachen für Probleme erfasst und durchdacht sind: Beispiele gibt es viele, ständig kommen neue dazu.

Die Gründe hierfür sind vielfältig: politische Eitelkeiten, Neid, Unverständnis, Klienteldenken, Suche nach schnellem Erfolg. All dies wird stärker, das ständige Ringen um Standort und Zukunft unserer Branche immer härter.

Die Zukunft bietet aber auch gewaltige Chancen, wenn auch in vielem noch nicht klar konturiert: Der Baubedarf steht dem Land auf's Gesicht geschrieben. Die Horizont- und Markterweiterung durch die Globalisierung bietet echte Perspektiven. Neue Formen partnerschaftlicher Zusammenarbeit am Bau und über die Branche hinaus helfen bei der Bewältigung immer komplexerer Aufgaben. Gut geführte Bauunternehmen erarbeiten sich noch vor kurzem ungeahnte Produktivitätsfortschritte.

Je unübersichtlicher die Verhältnisse, desto weniger erreicht der Einzelne. Als Forum, Positionierer und Verbund ist der Verband wichtiger denn je. Während die Unternehmen für ihre Zukunftsfähigkeit kämpfen, ringt der Verband für einen zukunftsfähigen Bauproduktmarkt: gegen Dirigismen und für Gesetze und Tarifverträge, die Entfaltung von Produktivität, Wettbewerb und technischem Fortschritt auch am Bau fördern, nicht behindern; für die Transparenz und Fairness im politischen wie im wirtschaftlichen Umgang, von der am Schluss alle nur profitieren können; für den Austausch zwischen Theorie und Praxis wie zwischen Praktikern, ohne den der Bau auf Dauer wirtschaftlich und technisch auf der Stelle treten würde. Gestalten können wir all dies nur gestützt auf die vielen Unternehmen und Partner, die ihre Erfahrung und Mitwirkung einbringen. Dafür auch hier herzlichen Dank.

Der Bayerische Bauindustrieverband wünscht ein gesegnetes Weihnachten und Mut, Glück und Erfolg für das Jahr 2000.

Professor Thomas Bauer  
Präsident

Gerhard Hess  
Hauptgeschäftsführer

## Bau Bayern: Mehr als die Hälfte der Firmen hat zu wenig Aufträge

### **Das Problem der Branche Bau: Reformstau der Politik, nicht Besonderheiten des Einzelfalls Holzmann**

Die Pleite der Philipp Holzmann AG wirkte wie ein Schock. Wegen seiner Besonderheiten ist dieser Einzelfall nicht zu verallgemeinern. Aber er rückte die Lage der Bauwirtschaft wieder stärker ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit. Nicht mit dem Einzelfall, mit den Problemen der Branche muß sich die Politik befassen. Hier ist sie Verursacher und daher in der Pflicht. Reformstau blockiert generell die Wirtschaft. Den Bau trifft dies weit härter als andere Branchen, er sitzt im Wartesaal der Politik. Fünf Jahre Rezession mussten die Firmen bisher durchstehen, die Folgen sind bitter und nicht bewältigt, die Wende ist nicht erreicht. Obwohl der Bau in Bayern 1999 bisher von allen Bundesländern die günstigste Entwicklung aufwies, hat derzeit mehr als die Hälfte der Firmen zu wenig Aufträge. Bei über der Hälfte der Firmen ist die Lage schlecht; sie trübt sich sogar erneut ein, weil Reformen unterbleiben.

### **Wirtschaftsinstitute und Sachverständige einig: Konjunkturerholung löst die Probleme nicht**

Wirtschaftsinstitute und Sachverständigenrat sind sich einig: Die strukturellen Probleme, die auf der deutschen Volkswirtschaft lasten, löst die zu erwartende konjunkturelle Erholung nicht. In Kurzform lautet ihre Analyse: „Dies alles ist für uns kein Anlass, Entwarnung zu geben.“ Die Aussichten sind nicht ungetrübt. Für den konjunkturellen Auftrieb sorgt nur der Export. Die binnenwirtschaftlichen Kräfte können sich nicht so entfalten. Von einem Ende der Investitionsschwäche kann man nicht sprechen. Die Bereitschaft der Unternehmen, in den Ausbau der Kapazitäten zu investieren, ist nach wie vor gering. Die Wirtschaftspolitik muss endlich ihre Hauptaufgabe anpacken: Sie muss klare und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen.

### **Bau steckt im Reformstau der Politik, nach fünf Jahren Rezession droht Stagnation**

Das alles schlägt auf den Bau durch. Seine Dynamik hängt von der Dynamik der Wirtschaft und Gesellschaft ab, von der Bereitschaft der Unternehmen, in neue Kapazitäten zu investieren, und der Bereitschaft des Staates, neue Infrastruktur bereitzustellen. Beides fehlt. Der Rückgang der Bautätigkeit ist zwar nach fünf Jahren Rezession weitgehend gestoppt, aber das Ende der Talfahrt ist noch keine Wende. So lassen sich die Folgen der Rezession nicht bewältigen, und für einen Um- und Aufschwung fehlen Impulse. Im Gegenteil. Hoffnungen auf eine Wende, die mit dem Regierungswechsel teilweise aufkeimten, wurden enttäuscht. Dadurch ausgelöste erste Impulse flachen ab, die Erwartungen trüben sich wieder ein. Bei Stagnation nach Rezession ist für den Bau keine Besserung in Sicht.

### **Auch in Bayern ist die Lage am Bau davon geprägt**

Das prägt die Lage am Bau, besonders in Bayern, denn im Wachstumsland Bayern waren – auch dank der Politik im Lande – die ersten Impulse aus der Hoffnung der Bauherren auf bessere Rahmenbedingungen bei Baugenehmigungen und Aufträgen zunächst besonders deutlich. Die Hoffnungen wurden aber enttäuscht, die Impulse flachen ab. Alle Anzeichen für die Bautätigkeit weisen in Richtung Stagnation, und das bei noch nicht bewältigten Folgen der Rezession, unzureichenden Preisen und Erträgen. Der ifo-Konjunkturtest Bau Bayern belegt es (Schaubild). Von Bayerns Bauunternehmen werteten im Oktober 1999

- 55 % ihre aktuelle Geschäftslage als schlecht, 40 % als befriedigend, nur 5 % als gut;
- 56 % ihren Auftragsbestand als zu klein, 35 % als ausreichend und 9 % als groß;
- 59 % die erzielbaren Baupreise als nicht mehr selbstkostendeckend, nur 35 % als hinreichend und 6 % als mehr als selbstkostendeckend.

### **Im Reformstau flachen die Impulse schon wieder ab; Stagnation droht**

Wie sehr die enttäuschten Hoffnungen der Bauherren und der Reformstau auf die Bauunternehmen durchschlagen, zeigen die Veränderungen der letzten Monate. Die Hoffnung der Bauherren auf Reformen und Wende hatten in Bayern 1998 zu einer kräftigen Erholung bei den Baugenehmigungen und 1999 bei den Aufträgen der Bauunternehmen geführt.

Bereits seit Jahresbeginn 1999 flacht aber die Belebung der Baugenehmigungen ab (Schaubild nächste Seite unten links). Neue Impulse blieben aus. Die Anzeichen für eine Abschwächung häufen sich. Ein Rückschlag ist nicht auszuschließen:

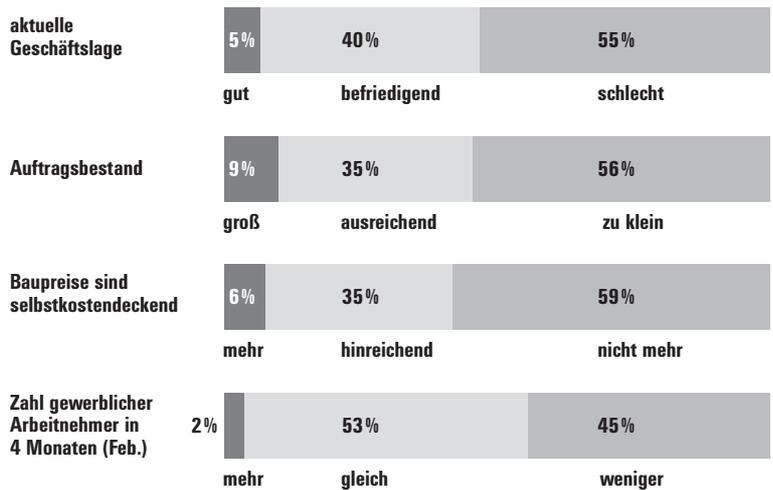
- Im September 1999 fielen die Aufträge auf das Vorjahresniveau zurück.
- Beurteilten im Juni bis August durchschnittlich 32 % der bayerischen Bauunternehmen ihren Auftragsbestand als zu klein, so waren es im Oktober bereits wieder 56 % und damit 6 % mehr als ein Jahr zuvor.
- Die Reichweite der Auftragsbestände sank bei den meldenden Testfirmen bis Oktober innerhalb von zwei Monaten um einen halben Monat auf 3,7 Monate, sie lag damit auch um einen halben Monat niedriger als ein Jahr zuvor.
- Die Auslastung der Gerätekapazität, die sich im Sommer gegenüber dem Rezessionsniveau um gut 7 % verbessert hatte, fiel im Oktober wieder auf dieses Niveau zurück.
- Selbst wenn in der Bautätigkeit ein Rückschlag vermieden werden kann, droht Stagnation.

Es ist zu befürchten, daß damit auch die im Sommer bei Beschäftigung und Arbeitsplätzen erreichte Stabilisierung endet. Im Oktober erwarteten 45 % der bayerischen Bauunternehmen, dass in den nächsten 4 Monaten die Zahl ihrer gewerblichen Arbeitnehmer abnimmt (Schaubild). Nach den relativ günstigen Werten vom Sommer ist dies mehr als eine saisonal übliche Erwartung im Vorfeld des Winters. Die neue Wintergeldregelung kann fehlende Aufträge nicht ersetzen. Erst wenn die Unternehmen mehr Aufträge haben, kommt es zur Wende. Bei unbewältigten Folgen der Rezession und einer neuerlichen Stagnation der Produktion sind gegenwärtig weitere Arbeitsplätze gefährdet. Seit 1994 gingen in Bayern bereits 60.000 verloren (Schaubild nächste Seite unten rechts).

Der auf den Bauunternehmen lastende Anpassungsdruck erweist sich gesamtwirtschaftlich als verfehlt. Soll die Wirtschaft zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, muss sie in neue Kapazitäten investieren und der Staat muss die Infrastruktur dafür bereitstellen. An diesem Ziel gemessen, bestehen am Bau keine Überkapazitäten mehr. Um das Ziel zu erreichen, muss mehr gebaut werden, aber den Bauherren fehlen dafür tragfähige Rahmenbedingungen. Die für Arbeitsplätze und Unternehmen wichtigen Politikbereiche – Unternehmenssteuerreform, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und Umstrukturierung der Staats Haushalte – stecken im Reformstau. Blockiert sitzt der Bau im Wartesaal der Politik fest. ■

## Bis zur Wende ist es am Bau in Bayern noch weit

Einschätzung der bayerischen Bauunternehmen im Juni 1999



Quelle: ifo-Konjunkturtest Bau Bayern für Oktober 1999



**Bei Stagnation und nicht bewältigten Folgen der Rezession sind weitere Arbeitsplätze gefährdet**

**Politik im Reformstau, Bau im Wartesaal der Politik**



# Wertungsphase der Angebote: Chancen werden zu wenig genutzt

## Die Wertung von Angeboten zu Bauvorhaben hat eine doppelte Wirkung

Die Phase der Wertung von Angeboten der Bauunternehmen durch den Bauherrn hat eine sehr viel breitere und tiefere Wirkung, als vielfach vermutet. Chancen werden zu wenig genutzt. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Phase hat zwei Seiten:

- Zum einen wird der Einzelfall, wird über vorliegende Angebote entschieden. Hier kommt es darauf an, nach welchen Kriterien das beste Angebot ausgewählt wird. Sind die Kriterien unzureichend oder falsch angewendet, ist das Ergebnis falsch.
- Zum anderen wirkt die Qualität des Wertungsverfahrens auf künftige Bauvorhaben, vor allem darauf, welche und wie viele Angebote bei ähnlichen und künftigen Bauvorhaben dem Bauherrn vorliegen. Die Angebote stellen aber die Weichen für den Erfolg des Bauvorhabens sowohl für die Bauherren wie auch für die Bauunternehmen.

## Für die Wertung konkreter Angebote müssen die Zuschlagskriterien entscheidend sein

Die Kriterien der Wertung konkreter Angebote sind klar umrissen, doch die Anwendung ist ein Problem. § 25 Ziff. 3 der Verdingungsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A) sieht den Zuschlag auf das annehmbarste Angebot vor. Um in die engere Auswahl zu kommen, ist bereits Voraussetzung, dass eine einwandfreie Ausführung einschließlich Gewährleistung erwartet werden kann. Beim Zuschlag sollen dann alle technischen und wirtschaftlichen, ggf. auch gestalterischen und funktionsbedingten Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

## In der Vergabepaxis fallen Zuschlagskriterien und Vergabeergebnis häufig auseinander

Die Vergabepaxis weicht den schwierigen Begründungszwängen der Nichtberücksichtigung des billigsten Angebots aus. Andernfalls müsste das monetäre, quantifizierbare Kriterium gegen nichtmonetäre Kriterien abgewogen, vertreten, nach Jahren gegen Vorhalte der Rechnungsprüfung verteidigt werden. Die erfolgreiche und wirtschaftliche Durchführung des Bauvorhabens ist aber so nicht erreicht. Besser ist es, alle Vergabekriterien zur Grundlage der Entscheidung zu machen, jeweils zu fragen und zu prüfen, ob und wie wahrscheinlich ihre Einhaltung ist. Das zentrale Problem der Wertung konkreter Angebote ist daher das in der Vergabepaxis feststellbare Ergebnis, die nahezu ständige Vergabe an den Billigstbieter (Tabelle).

## Regelvergabe an Billigstbieter beachtet nicht Preis/Leistungs-Verhältnis

Billig ist häufig gerade nicht preiswert, eben nicht das annehmbarste Angebot. Das Preis/Leistungs-Verhältnis muss entscheiden. Stets wird implizit über Sicherung von Qualität, Ersparnis von Kosten (einschl. Folgekosten) und Ideen zur Optimierung der Umsetzung eines Bauvorhabens mitentschieden. Zwei Aspekte zeigen dies deutlich:

- Nur eine eingehende Prüfung der Leistungsfähigkeit, Fachkunde und Zuverlässigkeit der Bieter verhindert böse Überraschungen.
- Die kombinierte, nicht isolierte Wertung von Bieterreignung und Preis optimiert das Ergebnis. Deshalb sollte nicht billigster Preis für Mindestqualität, sondern bei höherer Leistungsfähigkeit – entgegen der aktuellen BGH-Rechtsprechung – auch ein höherer Preis Maßstab sein können.

## Die Beteiligung an einer Ausschreibung wirkt über das konkrete Angebot hinaus

Die Wertung von Angeboten und das praktizierte Verfahren wirken über die Preisbildung über das konkrete Angebot hinaus. Mitentschieden wird, wieviele Anbieter sich bei künftigen oder anderen Ausschreibungen beteiligen, zum Teil auch beteiligen können. Vor allem zwei Gesichtspunkte muss jedes Bauunternehmen abwägen, bevor es sich an einer Ausschreibung beteiligt. Es muss abschätzen,

- wie seine Chancen auf den Auftrag im Verhältnis zu den Kosten der Bearbeitung des Angebots stehen, die meist zwischen 0,5 und 1 % der Bausumme betragen, teilweise auch über 2 %. Erhält das Unternehmen den Auftrag nicht, sind diese Kosten versenkt, sie gehen dann zu Lasten des mit anderen Bauvorhaben erwirtschafteten Ertrags,
- wie sich die Bindung, die es mit der Abgabe des Angebots bis zur Zuschlagserteilung eingeht, auf Chancen für Aufträge aus anderen Bauvorhaben auswirkt. Die Abgabe des Angebots blockiert Kapazitäten, löst teilweise sogar Vorhaltekosten aus.

## Faires, transparentes Verfahren liegt im Interesse beider Seiten, eine win-win-Position

Die Kalkulationskapazität jedes Bauunternehmens ist begrenzt. Nach der anhaltenden Rezession mit ihrem Zwang zur Konzentration der Kräfte ist sie heute sogar noch enger als früher. Die Firmen müssen stärker selektieren. Aus Sicht des Bauunternehmens muss deshalb die Chance auf den Erfolg und der Aufwand für die Beteiligung an Ausschreibungen optimiert werden.

- Dies liegt auch im Interesse der Auftraggeber, denn es stärkt die Beteiligung und damit den Wettbewerb. Es gilt eben die Faustregel: Je mehr Angebote, um so breiter das Spektrum an Leistung und Qualität, um so niedriger der Preis.
- Dies trifft nicht zuletzt dann zu, wenn es um die Ermittlung bester Lösungen geht. Sondervorschläge und Nebenangebote werden so hervorgehoben.
- Außerdem werden nicht nur Kosten der Bauunternehmen gespart. Da die versenkten Kosten für nicht erhaltene Aufträge zwangsläufig als Allgemeine Geschäftskosten in die Kalkulation der Bauunternehmen eingehen müssen, trägt diese zwar nicht der einzelne konkrete Bauherr, aber die Summe der Bauherren.
- Durch Verbesserungen haben Bauherren und Bauunternehmen Vorteile. Auch die Gesamtwirtschaft spart Kosten, gewinnt an Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Ein faires, transparentes Verfahren ist daher eine echte win-win-Position.

### Viele Möglichkeiten der Verbesserung: Beteiligung an Ausschreibung stärken, Kosten rechtfertigen

Allein dadurch, dass ein Auftraggeber die Spielregeln einhält, stärkt er seine Position bei künftigen Bauvorhaben. Es bietet sich eine Fülle von Möglichkeiten an, die Kosten der Angebotserstellung und die Beteiligung besser zu rechtfertigen. Nur einige Punkte seien genannt:

- Die Prüfung der angebotenen Qualität ist unzulänglich, wie die Regel-Zuschlagserteilung auf das Billigstangebot, aber auch auf offensichtliche Unterkostenangebote zeigt.
- Vertrauen in die Verlässlichkeit des Verfahrens wird zerstört durch Verstöße gegen das Nachverhandlungsverbot oder durch die Aufhebung von Ausschreibungen. Gegen letzteres würde die Bindung an das Budget oder an eine auftraggeberseitige Kostenschätzung und deren Ermittlungsansätze helfen, die zu hinterlegen wären.
- Die Bereitschaft zu Sondervorschlägen und Nebenangeboten würde gestärkt, wenn die Kosten für erbrachte Planungsleistungen erstattet würden.
- Die Blockade von Kapazitäten durch die Bindefrist könnte ohne Belastung des Auftraggebers gemildert werden durch eine zeitnahe/frühzeitige Mitteilung der Ergebnisse der Nachrechnung sowie der Kernpunkte von Nebenangeboten/Sondervorschlägen. So kann der Bieter seine Chance auf den Auftrag abschätzen und früher neu kalkulieren.

### Bei Ausschreibungen hat fast nur der billigste Anbieter eine Chance

Beispiel: Öffentliche Ausschreibungen der Bayerischen Staatsbauverwaltung 1998

	Hochbau	Straßen- und Brückenbau
Zahl der Ausschreibungen	2.977	1.217
Zahl der Angebote	29.573	8.958
Angebote je Ausschreibung	9,9	7,4
Vergaben an Erstplatzierte	2.813	1.141
in % der Ausschreibungen	94,5 %	93,8 %

Quelle: Vergabestatistik der Bayerischen Staatsbauverwaltung; Vergaben: Hochbau ab 20.000 DM; Straßen- und Brückenbau ab 25.000 DM

### Chancen längst nicht ausgeschöpft

Die sich bietenden Möglichkeiten werden immer noch zu wenig genutzt. Die Vergaben der Bayerischen Staatsbauverwaltung zeigen es (Tabelle). Bei den 1998 ausgewerteten 2.977 Öffentlichen Ausschreibungen wurden 29.573 Angebote abgegeben (im Durchschnitt also 9,9 Angebote je Ausschreibung); in 2.813 Fällen erhielt der Erstplatzierte den Auftrag (94,5 %). Ähnlich war es im Straßen- und Brückenbau. Für die hier ausgewerteten 1.217 Öffentlichen Ausschreibungen wurden 8.958 Angebote eingereicht (im Durchschnitt 7,4 je Ausschreibung), in 1.141 Fällen (93,8 %) wurde dem Erstplatzierten der Zuschlag erteilt. Bei diesen Relationen ist es unwahrscheinlich, dass bei der Wertung der Angebote die Leistungsfähigkeit der Bieter hinreichend Maßstab für die Entscheidung war, dass unter Einbeziehung der Qualität preiswert gebaut wurde. ■

*Manche der Zusammenhänge konnten auch in diesem Beitrag nur kurz angerissen werden. Sie werden in anderen Artikeln dieser seit Juni 1998 in loser Folge erscheinenden Rubrik vertieft.*

## Mitgliederversammlung Bezirksverband Oberfranken

### **Auslastung aktuell gut, Aussichten schlecht**

Nach der diesen Sommer und noch anhaltend guten Auslastung der Betriebe sind jetzt kaum noch Ausschreibungen auf dem Markt, die Auftragslage wird sich im Frühjahr als sehr knapp erweisen – diese Einschätzung des BBIV-Bezirksvorsitzenden Dipl.-Ing. Horst Klee teilten die Mitglieder des Bezirksverbandes Oberfranken auf ihrer Mitgliederversammlung am 16.11.1999. Betriebsbedingte Entlassungen werden in den nächsten Monaten nicht vermeidbar sein.

### **Zahlungsmoral öffentlicher Auftraggeber**

Schwierigkeiten bereitet den Unternehmen nach wie vor die Zahlungsmoral öffentlicher wie privater Auftraggeber. Hierzu konnte Dipl.-Ing. Kraus, Stv. Vorsitzender des Bezirksverbandes, von positiv verlaufenen Gesprächen des Arbeitskreises Abrechnung mit der Autobahndirektion Nordbayern berichten. Ergänzend wurden aktuell anstehende einschlägige Gesetzesvorhaben von Union und Koalition im Bund vorgestellt.

### **Vergabewesen**

Weiter wurde von jüngsten Erfolgen im Bereich der „Gläsernen Vergabe“ berichtet, durch die die Transparenz bei Ausschreibungen und Vergabe er-

höht und Manipulationsmöglichkeiten zurückgedrängt würden. Die VOB 2000 würde daneben alle einschlägigen EU-Richtlinien berücksichtigen. Ferner würden Überlegungen angestellt, eine elektronische Ausschreibung und Einreichung von Angeboten zu ermöglichen. BBIV und Oberste Baubehörde bemühten sich zudem, bei öffentlichen Auftraggebern eine Ausschreibung mit auskömmlichen Fristen zu erreichen, unter Abwehr der üblichen Praxis, Mindestfristen anzusetzen.

Ein besonderes Anliegen der Bezirksverbandsmitglieder für die Zukunft ist die Verbesserung des Schutzes der Bieterinteressen bei Aufträgen unterhalb des EU-Schwellenwertes. ■

## Erfolg durch Übernahme von Führungsverantwortung

Jahrestagung der Jungen Führungskräfte

### **Rekordbeteiligung**

Mit 45 Teilnehmern konnte der BBIV eine Rekordbeteiligung bei der Jahrestagung 1999 für „Junge Führungskräfte“ (18. bis 19.11.1999) in Rottach-Egern/Tegernsee vermelden. Die Zielsetzungen und Aufgaben dieser Jahrestagung waren klar umrissen: Was erwartet den Führungsnachwuchs im nächsten Jahrtausend? Wie und auf welche Weise können die „Jungen Führungskräfte“ der bayerischen Bauindustrie ihre Potenziale bei der Zukunftsgestaltung aktiv mit einbringen?

### **Burkhard Löhe:**

#### **Führungsverantwortung übernehmen**

Der Vorsitzende des Arbeitskreises „Junge Führungskräfte“ des BBIV, Ass. jur. Burkhard Löhe, brachte es in seiner Begrüßung pointiert auf den Punkt: So sei es notwendig, dass der bauindustrielle Nachwuchs mehr Führungsverantwortung übernehme. Als Führungskraft müsse man die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Blick haben. Es gelte, so Löhe in seiner Ansprache, aus der Vergangenheit zu lernen, in der Gegenwart zu agieren und für die Zukunft zu planen. Agieren und Planen können allerdings nur dann sinnvoll sein, wenn man sich der Risiken des eigenen Handelns bewusst sei und die Entwicklungen für die Zukunft beachte.

### **Informations- und Kommunikationsmedien im Mittelpunkt**

Folgerichtig seien aus diesem Anspruch deshalb die Themen der diesjährigen Tagung gewählt: die Präsentation der neuen Informations- und Kommunikationsmedien (Internet/ Intranet), die Vorstellung von Risikomanagement- und Ratingsystemen für bauwirtschaftliche Unternehmen sowie die intensive Auseinandersetzung mit zunehmenden Haftungs- und Steuer Risiken, die bei einem Bauunternehmen auftreten können.

### **Präsident Professor Bauer: Verband hat Zukunft – Zukunft ist Verband**

Professor Dipl.-Kfm. Thomas Bauer formulierte in seinem vielbeachteten Statement die Zukunftsanliegen der

Branche: So könne zukunftsweisende Politik nur mit starken und geschlossenen Verbänden gestaltet werden. Die qualifizierte Aus- und Fortbildung, wie sie traditionell vom BBIV betrieben werde, spiele hierbei eine zentrale Rolle. Professor Bauer definierte diesen Anspruch sehr treffend in seinem Schlussplädoyer: „Verband hat Zukunft – Zukunft ist Verband“.

### **Erfolg durch Selbstbewusstsein und Planungsoptimierung**

„Planung ist das halbe Leben“, dies war eine der Grundbotschaften von Dipl.-Kfm. Wolfgang Stoermer, BBIV, an die junge Führungselite der bayerischen Bauindustrie. In der Planungswie Organisationsoptimierung stecke bei jedem Bauunternehmen noch sehr viel Potential. Stoermer appellierte auch für mehr Selbstbewusstsein bei der Durchsetzung von unternehmerischen Interessen sowie bei Branchenangelegenheiten. Es gelte möglichst viele Gestaltungsfreiräume in der gesamten Prozesskette Bau zu nutzen.

### **Viele Impulse für die unternehmerische Arbeit**

Das Vortragsprogramm in Rottach-Egern war natürlich speziell auf die Interessen der „Jungen Führungskräfte“ ausgerichtet. Die Themenauswahl versprach Zukunftsorientierung und war gleichzeitig Grundlage intensiver Diskussionen des Plenums:

- Effiziente Internetnutzung für Bauunternehmen (Dipl.-Ing. Peter Rösch)
- Praktischer Einsatz der Multimedia-technik am Beispiel der DIN 1045-1 (Dipl.-Ing. Christoph Franz Schmidhuber)
- Unternehmensrating für den bawirtschaftlichen Mittelstand (Michael Weyh)
- Aktuelle Haftungs- und Steueraspekte des Geschäftsführers einer GmbH (Wirtschaftsprüfer/Steuerberater Dipl.-Kfm. Christian Renauer)
- Risikomanagement im Bauunternehmen (Dr. Lothar Schmidt)

Fazit der Teilnehmer: Alle Vortragsthemen und Präsentationen vermittelten viele praktische Impulse für die zukünftige Unternehmensarbeit.

Konzentration, aber natürlich auch Geselligkeit war am ersten Abend der Führungstagung angesagt. Dabei konnten die „Jungen Führungskräfte“ beim Preisschießen in der Schießstätte Tegernsee auch Ihre sportlichen Fähigkeiten unter Beweis stellen. Die Trefferquoten waren – so der Tegernseer Schützenmeisters Biller bei der Preisverleihung – bei allen Teilnehmern überdurchschnittlich gut.

### **Besichtigung Großbaustelle Hotel Überfahrt**

Abschluss-Highlight war die gemeinsame Besichtigung der Hochtief-Baustelle „Hotel Überfahrt“ in Rottach-Egern. Der Projektleiter, Dipl.-Ing. Henk Russ, vermittelte dabei den „Jungen Führungskräften“ viele interessante Aspekte, angefangen von der komplexen Planung über Genehmigungs- und Finanzierungsprozeduren bis hin zur erfolgreichen Lösung vielfältiger bautechnischer und personeller Probleme.

Alle Teilnehmer zogen auch heuer eine positive Bilanz aus der Führungstagung: Persönlicher Dialog, gemeinsamer Erfahrungsaustausch und zukunftsorientiertes Baufachwissen sind, so die Teilnehmer unisono in ihrem Urteil, wichtige Bausteine zur Zukunftsgestaltung des nächsten Millenniums. ■



„Information und Diskussion“ im Brennpunkt der Jahrestagung der „Jungen Führungskräfte“ des BBIV in Rottach-Egern

# Klare Kritik an der Deutschen Bahn

Aus der Fachabteilung Eisenbahnoberbau

*Die Mitgliederversammlung '99 der Fachabteilung Eisenbahnoberbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes fand am 9.11.1999 in München statt.*

## Acht nicht leichte Jahre

Der scheidende Vorsitzende der Fachabteilung, Dipl.-Ing. Fritz Knappe, ließ einleitend stichwortartig die wichtigsten Themenbereiche seiner achtjährigen Amtszeit Revue passieren:

- Abbau von Überkapazitäten,
- ständiger Preisverfall durch Mittelkürzungen und Überkapazitäten,
- die mehrstufige Bahnreform,
- Gründung der Überwachungsgemeinschaft Gleisbau (1993),
- 1998 Eschede,
- Vergabeverhalten bzw. Nichtanwendung der VOB durch die DB als Dauerthema.

## Bahn weiter Auftraggeber und Wettbewerber

Im Hinblick auf die Privatisierung der bahneigenen Betriebe sei, so Knappe, aktueller Sachstand, dass die DB AG weiter über umfangreiche bahneigene Gleiskapazitäten verfüge, also weiter nicht nur beherrschender Auftraggeber, sondern auch größter Wettbewerber der Privatunternehmen sei. Die Zusage, keine Großmaschinen mehr zu kaufen, werde nicht eingehalten. Die Bahn tätige derartige Investitionen trotz vorhandener Überkapazitäten auf dem Gleisbaumarkt und obwohl die Firmen im Rahmen von Miet- und Werkverträgen genügend Maschinen zu Niedrigstpreisen anbieten würden. Offensichtlich sei die Bahn bestrebt, den gesamten Bereich Instandhaltung des Fahrweges selbst zu übernehmen. Dieses Verhalten stehe im Widerspruch zu dem immer wieder geäußerten Wunsch, die bahneigenen Gleisbaubetriebe zu privatisieren.

## Kritik an DB-Vergabepaxis

Knappe kritisierte die Vergabepaxis der DB AG und stellte fest, dass in unakzeptabler Weise der überwiegende Teil der Aufträge im Verhandlungsverfahren und gerade nicht im Offenen bzw. Nichtoffenen Verfahren vergeben werde. Abschließend plädierte Knappe dafür, sich zu leistungsfähigeren Einheiten zusammenzuschließen, was ganz besonders im Hinblick auf immer größer werdende Auftragslose der PBDE und die weitere Globalisierung des Marktes notwendig sei.

## Dank an scheidenden Vorsitzenden

Vor der anstehenden Neuwahl dankte BBIV-Hauptgeschäftsführer RA Gerhard Hess Dipl.-Ing. Fritz Knappe für die in den vergangenen acht Jahren geleistete Arbeit und hob hierbei die Bedeutung der verbandlichen Lobbyarbeit und die wichtige Rolle hervor, die gerade die ehrenamtlich tätigen Verbandsvertreter einnehmen.

## Dipl.-Ing. Schnellbögl neuer Vorsitzender

Im Anschluss daran wurde Dipl.-Ing. (FH) Günther Schnellbögl einstimmig zum neuen Vorsitzenden der Fachabteilung Eisenbahnoberbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes gewählt.

## Tariff Fragen

RA Rainer von Zezschwitz, BBIV, berichtete über die aktuelle sozial- und tarifpolitische Situation und ging hierbei u.a. auf die Themenbereiche Winterausfallgeld, Bautariffrage 2000 und die gewerbliche Unternehmerhaftung nach § 1 a AEntG ein.

## Baumarkt und Wettbewerb

Über verschiedene Probleme des Themenbereichs „Baumarkt und Wettbewerb“ berichtete RA Dr. Detlef Lupp, BBIV. Des weiteren befasste sich die Mitgliederversammlung mit aktuellen Entwicklungen im Vergaberecht, insbesondere mit der Verbandsinitiative für mehr Transparenz und Fairness bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge („Gläserne Vergabe“).

## Struktur DB Netz AG

Abschließend referierte Dr.-Ing. Alexius Schilcher, DB AG, über die aktuelle Struktur der zum 1.1.1999 neugegründeten DB Netz AG, das Programm Netz 21 und über die vorgesehenen Arbeiten im Bereich des Eisenbahnoberbaus 1999/2000. ■

## Daten und Fakten zur DB Netz AG

Zugfahrten pro Tag	bis zu 40.000
Betriebsleistungen in Mio. km	
Personenfernverkehr	171
Personennahverkehr	475
Güterverkehr	191
Betriebslänge (km)	
elektronisch betrieben	18.652
davon Hochgeschwindigkeitsnetz	1.530
Zahl der Weichen und Kreuzungen	110.610
Stellwerke	6.850
davon elektronisch	ca. 100
Bahnübergänge	28.047
davon technisch gesichert	13.716
Tunnel	660
Eisenbahnbrücken	32.548
Privatgleisanschlüsse	7.524
Umschlagbahnhöfe	53

## Arbeitsausschuss für Rechts- und Steuerfragen

### **Verschuldensunabhängige Haftung abgelehnt**

Unter Leitung seines Vorsitzenden, RA Dr. Henning Bostelmann, tagte der Arbeitsausschuss für Rechts- und Steuerfragen am 19.11.1999. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die gewerbliche Unternehmerhaftung nach § 1 a Arbeitnehmerentsendegesetz. Vor dem Hintergrund des von dem renommierten Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Peter Badura, Universität München, erstellten Gutachtens zur Verfassungswidrigkeit von § 1 a AEntG bekräftigten die Arbeitsausschussmitglieder die Forderung nach einer sofortigen Aufhebung dieser Vorschrift, hilfsweise einer Umgestaltung der bisher verschuldensunabhängigen Haftung in eine verschuldensabhängige Inanspruchnahme.

### **Nachprüfbarkeit der Zuschlagserteilung**

Über erste Praxiserfahrungen mit dem neuen Vergaberechtsschutz berichtete RA Dr. Detlef Lupp, BBIV. Im Mittelpunkt stand das EuGH-Urteil vom 28.10.1999 zur Nachprüfbarkeit der beabsichtigten Zuschlagserteilung und seinen Folgen für das deutsche Bauvergaberecht (s. 16).

### **Transparente Vergabe**

Weiterer Themenbereich war die Verbandsinitiative für mehr Transparenz und faire Auftragsvergabe („Gläserne Vergabe“), wobei erfreuliche Teilerfolge (z.B. zukünftig nur noch sehr restriktive Ausschreibung von Bedarfspositionen und Stundenlohnarbeiten) zu vermelden seien.

### **Aktuelle Steuerfragen**

Dipl.-Kfm. Claus Hastreiter berichtete über aktuelle Steuerfragen und ging hierbei insbesondere auf die Außer Vollzugsetzung von § 50 a Abs. 7 EStG, die Abschaffung der Drohverlustrückstellungen, die Handhabung der Stromsteuer bei Argen und die Streichung von Betriebsstättenverlusten aus DBA-Ländern ein.

### **Zahlungsbeschleunigung**

Diskutiert wurden ferner die vorliegenden Gesetzentwürfe zur Verbesserung der Durchsetzung von Forderungen der Bauhandwerker bzw. zur Beschleunigung fälliger Zahlungen, die Zukunft der VOB sowie die Vergabepraxis der DB AG. ■

## Schulterschluss zwischen Theorie und Praxis

### 13. Praxisseminar an der TU München

Am 2.11.1999 fand die Eröffnungsvorlesung zum 13. Praxisseminar, einer traditionellen Gemeinschaftsveranstaltung der Fakultät für Bauingenieur- und Vermessungswesen der TU München und des Fördervereins des Bayerischen Bauindustrieverbandes statt. Auch heuer werden im Rahmen dieses Seminarzyklus zwei attraktive Projekte jeweils aus dem Ingenieur- und dem Schlüsselfertigbau aus planungsrechtlicher, bautechnischer und baubetrieblicher Sicht vorgestellt und in Theorie und Praxis ausführlich erläutert.

In seiner Begrüßung hob der Dekan der Bauingenieur fakultät, Universitätsprofessor Dr.-Ing. Hans-Jürgen Bösch, die hohe Praxisrelevanz dieser Qualifizierungsmaßnahme hervor. Diese Praxisseminare bieten eine willkommene Gelegenheit, vernetzte Strukturen kennen zu lernen und komplexes Handeln als Basis für die spätere Berufspraxis zu trainieren. Als weitere Zielsetzungen betonte der Vorsitzende des Trägervereins „Praxisseminare an der TU München“, Dipl.-Ing. Herbert Fröhlich, die Berufsorientierung und die Dialogmöglichkeiten für die an diesen Kursen beteiligten Studenten.

Dipl.-Ing. Thomas Zabel, Wayss & Freytag AG, München, präsentierte anschließend das für den Tief- und Ingenieurbau ausgewählte Projekt, die bautechnisch sehr interessante U-Bahn-Linie West, Los 8, in München (Kreuzungsbauwerk). Dipl.-Ing. Ulrich Saalfrank, Hochtief AG, München, stellte das im Schlüsselfertigbau errichtete Seehotel „Überfahrt“ am Tegernsee vor. Beide Projekte werden den beteiligten Studenten in je zehn Vorlesungen ausführlich und an den Bauphasen orientiert erläutert. Natürlich sind auch Exkursionen vor Ort vorgesehen. Die erfolgreiche Teilnahme wird bei Abschluss der Seminare durch ein Zertifikat bestätigt. ■

# Vom Fortschritt geprägt, das Land gestaltet

## Bau in Bayern 1900 – 2000

RA Gerhard Hess

Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V.



*Steinerne Verbandsgeschichte  
Bauunfthaus, München  
Bau 1938–1941 als Sitz der  
Verbände des Baugewerbes  
(Wirtschaftsgruppe Bauindustrie  
und Reichsinnungsverband des  
Baugewerkes)*

*1945 wieder instand gesetzt  
1963 aufgestockt und modernisiert  
Sitz des Bayerischen  
Bauindustrieverbandes  
Photo: BBIV (1941)*

Bauen ist menschliches Grundbedürfnis, begleitet Aufgang und Entwicklung von Kulturen und Zivilisationen, schafft und gestaltet Lebensräume. Der Bau macht den Fortschritt möglich und nimmt damit Zukunft vorweg. Es gibt in der wechselhaften Geschichte der Menschheit keine einzige Phase oder Epoche, die im Rückblick entschlüsselt werden könnte ohne den Blick auf das Bauen und die Bauwerke der Zeit. Auch die Geschichte Bayerns im 20. Jahrhundert ist vom Bau nicht zu trennen. Die Spanne, die es dabei zu bedenken gilt, ist weit: Erst spät im 19. Jahrhundert, bis 1886, wurde Schloss Neuschwanstein gebaut – vorletztes bayerisches Bauwerk mit echtem Weltruf über die Fachwelt hinaus; am Ende des 20. Jahrhunderts entstehen Franz Josef Strauß-Flughafen und Neues Museum Nürnberg. Die Unterschiede könnten kaum größer sein.

### Bayern zu Anfang und Ende des 20. Jahrhunderts

1900 hatte Bayern ca. 6.150.000 Einwohner – hundert Jahre später sind es fast doppelt so viele. Um die Jahrhundertwende lebte noch mehr als die Hälfte der bayerischen Bevölkerung von der Land- und Forstwirtschaft, zum Ende des Jahrhunderts nur noch wenig mehr als 30.000 Menschen in Bayern.

Bayern hat sich in diesen hundert Jahren unglaublich verändert: Zu Beginn Monarchie unter Prinzregent Luitpold, mit Strukturen und Lebensweisen, die uns durch Ludwig Thoma und Oskar Maria Graf überliefert wurden, heute stabile und erfolgreiche Demokratie, Beispiel gebend in der Verbindung von Tradition und Fortschritt – Laptop und Lederhose; damals ein weitgehend agrarischer Staat im Schatten des übermächtigen Preußen, heute eine der erfolgreichsten und attraktivsten Wirtschaftsregionen Europas und der Welt. Diesen Aufschwung nahm Bayern in einer von gewaltigen Umwälzungen geprägten Zeit.

### Hundert Jahre rasanten Fortschritts

Das 20. war ein Jahrhundert der wissenschaftlichen und technischen Revolution – Mobilität, Kommunikation, Energietechnik, Maschinenbau und vieles andere entwickelten sich in einem bisher unbekanntem, zuletzt fast rauschhaften Tempo. Gleichzeitig veränderte sich die politische Landschaft der Welt geradezu radikal. Europäische und internationale Kooperation hat heute – trotz zweier unglaublich grausamer Weltkriege und auch durch sie – eine viel höhere Qualität gewonnen als zu Beginn des Jahrhunderts. Kulturell wurden in diesen hundert Jahren immer wieder auf's neue Grenzen überwunden und überschritten, Maßstäbe verworfen und neu entwickelt.

Das Verständnis von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik hat sich grundlegend gewandelt. Für diese Entwicklung stehen Namen wie Weber, Schumpeter, Keynes von Hayek und Ludwig Erhardt. Marktwirtschaft, in Deutschland soziale Marktwirtschaft, hat klassische Industriepolitik abgelöst und sich als Erfolgsmodell etabliert.

### Der Bau prägt das Gesicht Bayerns

All diese Veränderungen hatten Auswirkungen auf den Bau. Auch andersherum gilt: Der Bau kann für sich beanspruchen, dem neuen Bayern Gestalt und Strukturen gegeben zu haben.

Von den bayerischen Bauten des 20. Jahrhundert fand nur einer auf die Liste der „Bauwerke, die die Welt bewegten“: Der Olympiapark mit dem Olympiastadion in München – ein Meisterwerk, das architektonisch genauso überzeugt wie durch seine Ausstrah-

Symbol eines technischen Jahrhunderts  
 Deutsches Museum München  
 Grundsteinlegung 1906  
 Eröffnung Neubau 1925  
 Mehrere Erweiterungen  
 Photo: SZ-Archiv (1935)



Wachstum durch billige Energie  
 Walchensee-Kraftwerk  
 Bau 1918 – 1924  
 Photo: SZ-Archiv (1994)

lung als Ort der Begegnung zwischen Kulturen und des fairen Wettkampfes. Aber diese Einzigartigkeit darf nicht davon ablenken, wie sehr das heutige Gesicht Bayerns geprägt wird von anderen Bauwerken, die erst im Lauf dieses Jahrhunderts konzipiert und erstellt wurden. Nur Beispiele sind

- der Tierpark Hellabrunn
- das Deutsche Museum
- das Haus der Kunst in München
- das Autobahnnetz
- das Atomei in Garching
- das Walchenseekraftwerk
- die Raffinerien in Ingolstadt
- die Universität in Passau
- das BMW-Werk in Harting bei Regensburg
- der Rhein-Main-Donau-Kanal

Bei vielem anderen steht nicht das einzelne Bauwerk im Vordergrund, sondern das Faktum, dass ganz Bayern mit Bauten und durch sie mit Funktionen neuer Art überzogen wurde, die sich unmittelbar in Lebensqualität niederschlagen: Klär- und Müllverbrennungsanlagen, moderne Kraftwerke, Ölpipelines, S- und U-Bahnen, Flughäfen, Sendeanlagen, Schwimmbäder, Sportplätze, Krankenhäuser, Museen, das flächendeckende Netz an Schulen, Fachhochschulen und Universitäten.

Selbst Orte und ganze Städte – Geretsried mit seinen heute über 20.000 Einwohnern – existierten bis zur Mitte des Jahrhunderts nicht – Zeichen für die Aufnahme des „5. Stammes“, der Sudetendeutschen, in Bayern – 2,4 Millionen Vertriebene, für die eine neue Heimat aufgebaut werden musste und die ihrerseits durch ihre Bauten wie durch ihr wirtschaftliches, kulturelles und politisches Handeln seitdem das Gesicht Bayerns prägen.

### Neues Verständnis vom Bau

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde Bauen überlebensnotwendig wie lange nicht mehr; wer nicht bereit war, am Wiederaufbau seiner Universität mitzuarbeiten, brauchte sich auf eine Studienplatz keine Hoffnung zu machen.

Industrie- und Wirtschaftsbauten entwickelten – zugeschnitten auf den Stand der Technik und der Architektur – im Lauf des Jahrhunderts ein immer neues Gesicht und Innenleben. Gleiches gilt für Verwaltungs- und repräsentative Bauwerke. Auch die Anforderungen an die Gebäudeökonomie und -ökologie wurden laufend heraufgesetzt. Jeder, der auf dem Bauplatz überleben wollte, musste sich den Herausforderungen dieser Entwicklungen konsequent stellen, die neuen Anforderungen und Möglichkeiten beherrschen und in Bauwerke umsetzen.

### Bau um 1900

Zurück nach Bayern zum Beginn des 20. Jahrhunderts: Nur in München und Nürnberg lebten mehr als 100.000 Menschen – für damalige Verhältnisse Großstädte.

Bezirkshauptstädte in Bayern	Einwohner um 1900	Einwohner zum Jahrhundertende
Augsburg	90.000	250.000
Bayreuth	30.000	72.000
Landshut	22.000	57.000
München	500.000	1.280.000
Nürnberg	260.000	470.000
Regensburg	48.000	130.000
Würzburg	75.000	130.000

Zwischen 1871 und 1914 wuchs etwa München von 170.000 auf 630.000 Einwohner. Staat und Stadt erfassten die daraus erwachsenden Herausforderungen erst nach 1900 voll; seit damals versuchten sie, die Verhältnisse durch unterschiedliche Instrumente zu verbessern – Verkehr, bauliche Verordnungen, Kredite, Steuerpolitik etc.. So wurden Baugenossenschaften, die Einzahlungen ihrer Mitglieder mit weniger als 4 Prozent verzinsten, von der Einkommenssteuer befreit. Genossenschaften prägten den Wohnungsbau über Jahrzehnte. Sie gewannen eine eigene gesellschaftliche Qualität, die sich in Teilen und trotz des mittlerweile viel höheren allgemeinen Wohlstandes bis heute erhalten hat; Zeuge dafür sind die aktuellen Auseinandersetzungen um den Verkauf der Eisenbahnerwohnungen.

*Sinfonie an der Regnitz  
Konzert- und Kongresshalle Bamberg  
Bau 1989–1993  
Photo: Stadthalle GmbH,  
Bamberg (1998)*



*Anbindung an die  
Welthandelsströme  
Rhein-Main-Donau-Kanal  
Bau 1960–1992  
Ausbau steht noch an  
Photo: SZ-Archiv (1992)*

## Bauen ohne Befähigungsnachweis

Im Jahr 1907 stellte das Baugewerbe 10,8 Prozent der gewerblichen Arbeitsplätze in München, die Fluktuation von Unternehmen und Arbeitern zwischen den Stadtvierteln war gewaltig – beachtliches Zeichen der Leistung und der Flexibilität der Branche beim Aufbau der Großstadt. Dennoch blieben Fragen: Im „Brockhaus“ von 1909 steht über das Baugewerbe, es „bleibt auf dem Gebiete des Lehrlingswesens, der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse, der Verhütung von Massen-Arbeitseinstellungen (Streiks), der Einführung von Einigungsämtern, Schiedsgerichten u. a. m. noch manches zu tun übrig ... In Österreich ist es bereits gelungen, die Ausübung des Baugewerbes von einem Befähigungsnachweis abhängig zu machen.“

Der Vergleich der hier beschriebenen Probleme mit dem heutigen Standard bei rechtlichen und tariflichen Rahmenbedingungen, in Aus- und Weiterbildung, Vergabewesen etc. zeigt, wie sehr sich auch hier die Landschaft verändert hat. Ähnliches gilt für die baugewerblichen Berufe selbst: Der damalige Brockhaus kennt Maurer, Steinmetzen, Zimmerleute, Dachdecker; heute bilden wir in 18 Berufszweigen aus. Vergleichbar entwickelten sich die Anforderungen an den Bauingenieur.

Auch der Alltag auf der Baustelle hat mit damaligen Verhältnissen nur mehr wenig zu tun. Die gewaltig zunehmende Bedeutung von Beton und Asphalt und die mit beiden Werkstoffen verbundene Technik waren nur einer der vielen Schritte hin zu einer Fülle neuer Baustoffe, zur Verwendung immer weiter entwickelter High-Tech-Maschinen, zum Vormarsch vorgefertigter Produkte etc.. Und am Anfang des Jahrhunderts hätte sich noch keiner vorstellen können, ganze Autobahnen um die Kurve oder Tunnelröhren unter Flüssen hindurch zu schieben.

## Verkehrswegebau – Motor des Fortschritts

Wege als Motor – die Assoziation klingt seltsam. Tatsächlich aber führte bisher jede leistungsfähige Verkehrsachse in Bayern zu wirtschaftlichem Aufschwung in den erschlossenen Gebieten – der Verkehrswegebau ist damit der Schlüssel für einen der schönsten Erfolge bayerischer Politik im 20. Jahrhundert: Wohlstand gibt es nicht nur in einigen wenigen großen Zentren – München, Nürnberg, Augsburg – sondern flächendeckend. Bestes Beispiel ist nach wie vor der Aufschwung Regensburgs durch den Bau der Autobahn A 93 und des Rhein-Main-Donau-Kanals. Besonders schwierige Verhältnisse finden sich dort, wo – nach dem zweiten Weltkrieg durch den Eisernen Vorhang bedingt – die Verkehrsanbindung schlecht blieb.

Wissen, technische und wirtschaftliche Kompetenz haben im zwanzigsten Jahrhundert, insbesondere in seiner zweiten Hälfte, exponentiell zugenommen – und mit all dem die Produktivität menschlicher Arbeit. Voraussetzung und Begleiterscheinung dieser Zunahme war der ebenso rasche Anstieg des Austausches zwischen Menschen und von Waren und Gütern – beides angewiesen auf effiziente Verkehrswege und -mittel. Oft genug tritt der Verkehrswegebau gegenüber Kultur- und repräsentativen Bauten in den Hintergrund. Um so bezeichnender: eine kürzlich veröffentlichte Liste der 10 prägendsten Bauwerke des 20. Jahrhunderts wird angeführt vom Eurotunnel unter dem Ärmelkanal.

Um die Herausforderungen des Verkehrswegebaus zu bewältigen, gründete Bayern im Jahr 1904 ein Verkehrsministerium – damals zuständig für Eisenbahn, Post, Telegraphie und Schifffahrt, dazu kamen bald und passend Handel und Gewerbe. Der Verkehrswegebau selbst war und blieb Aufgabe des Baugewerbes, später besonders der Bauindustrie. Mit dem Aufkommen des Autos veränderten sich die Schwerpunkte, die Aufgabe blieb die gleiche: Wohlstand und Aufschwung zu stützen durch Sicherung der Mobilität.

Die Leistung des bayerischen Verkehrswegebaus im 20. Jahrhundert war enorm. Zu Beginn – bis es durch das aufkommende Automobil in das zweite Glied rückte – stand das Eisenbahnnetz im Vordergrund. Die Fertigstellung der Reichsautobahn Hof-Nürnberg-München-Salzburg im Jahr 1939 steht weniger mit wirtschaftlichen als mit völlig fehlgeleiteten machtpolitischen Ansprüchen im Zusammenhang; dennoch war und ist sie als Teil des Autobahnnetzes bis heute eine Lebensader für das Land. Dritte Säule des Verkehrswesens ist die Schifffahrt, gestützt vor allem auf den – immer noch nicht ausreichend ausgebauten – Rhein-Main-Donau-Kanal.

Luftdrehkreuz für Nordbayern  
 Flughafen Nürnberg  
 Bau 1952–1955  
 Erweiterungen:  
 Fluggast-Empfangsgebäude 1992  
 Neuer Tower 1999  
 Flughafen-U-Bahn 1999  
 Photo: Airport Nürnberg (1995)



Heimstatt faires internationalen  
 Wettbewerbs  
 Olympiapark, München  
 Bau 1967–1972  
 Photo: SZ-Archiv (1997)

## Versorgung: Ansprüche steigen laufend

Zum Verkehr kommt die Versorgung, vor allem mit Grundlegendem:

- Preiswerte Energie – erst durch den Bau von Öl- und Gaspipelines Mitte der 60er und von Atomkraftwerken wurde Bayern von der Gnade der Ruhrbarone unabhängig.
- Sauberes Trinkwasser – welche Gemeinde hat heute keine sichere Wasserver- und Entsorgung?
- Kommunikation: erst in den letzten Jahren wird ein Teil der Telekommunikation von Kabeln unabhängig; auf das im 20. Jahrhundert aufgebaute und verlegte Kabelnetz verzichten können wir noch lange nicht.

Auch hier war es der Bau, der – im Auftrag kluger und weitsichtiger Politik – vor allem in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg die Infrastruktur erstellte, ohne die unser Wohlstand keine Basis hätte.

## Bau und Volkswirtschaft

In den letzten hundert Jahren war der Bau grundsätzlich anerkannt als Konjunkturlokomotive und Schlüsselbranche des Wachstums. Von staatlichen Vorgaben wurde er geprägt wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig. Extremstes Beispiel ist sicher die Organisation Todt des Dritten Reiches, die ihn völlig vereinnahmte. Aber der der jeweiligen Lage angepassten Einflussnahme über steuerliche und investive Maßnahmen konnte keine Regierung widerstehen. Auch Rahmenbedingungen, Vorschriften und Auflagen für die tägliche Arbeit füllen Wälzer. Der Bau hat die mit all dem in ihn gesetzten Erwartungen ungeheuer flexibel erfüllt. Gleichzeitig bewältigte er erfolgreich sämtliche technischen, architektonischen und funktionalen Herausforderungen, die an ihn herangetragen wurden.

## Schwere Zeiten durch rückläufige Staatsinvestitionen

Die letzten Jahrzehnte des Jahrhunderts sind von einem Phänomen geprägt, das diese enge und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen gestaltender Politik und Bauwirtschaft zunehmend in Frage stellte: Die Investitionen zum Erhalt der geschaffenen Bauwerte gingen langsam, aber sicher zurück. Und weitgehend schwand die Bereitschaft, Zukunftsinvestitionen in die öffentliche Infrastruktur als das zu sehen, als was sie sich mehrfach bewährt hatten: als einzig sinnvolle und unmittelbar effiziente Form nachfrageorientierter Politik. Denn Infrastrukturinvestitionen haben Erfolgsgarantie durch die automatisch ausgewogene Kombination nachfrage- und angebotsorientierter Aspekte.

Für den Bau brachte das schwere Zeiten – und zusammen mit dem Einbruch der Baukonjunktur seit Mitte der 90er Jahre völlig unzureichende Preise. Mit durchschnittlichen Umsatzrenditen von kaum mehr als 0 kann keine Branche gedeihen.

## Bauindustrie: Zuversicht im Wandel

Das hieß, sich neuen Anforderungen des Kunden und der Gesellschaft zu stellen, und vermeintlich hoheitliche Aufgaben selber zu übernehmen – eine Herausforderung, die besonders die Bauindustrie aktiv in Angriff nahm. Begriffe wie Generalunternehmer und Schlüsselfertigbau gewannen einen völlig neuen Stellenwert. Mittlerweile ist die Bauindustrie der Ansicht, dass für sie selbst die Übernahme bisher unmittelbar staatlicher Aufgaben – wie der Verfügbarmachung von Verkehrsinfrastruktur – über Betreibermodelle möglich und sinnvoll ist. In Zeiten staatlicher Investitionsschwäche bietet der Bau an, eigene Dynamik zu schaffen; Public private partnership, ppp, wird zum Schlüsselwort für die Zukunft am Bau.

Trotz gewaltigen Wandels der Branche und unglaublich gesteigener Produktivität: Die Lage für den Bau ist am Ende des 20. Jahrhunderts schwer, jedes Jahr gehen mehrere tausend Bauunternehmen in Deutschland unter. Die Unternehmen der Bayerischen Bauindustrie haben sich auf diese schwere Lage vergleichsweise gut eingestellt. Unseren Gestaltungswillen und unsere Zuversicht soll ein Zitat ausdrücken, das vor über hundert Jahren entstand, und nie an Aktualität verlieren wird:

*Wir leben nicht unter den letzten Atemzügen einer sterbenden Epoche, wir stehen am Morgen einer kerngesunden Zeit, es ist eine Lust zu leben. (Georg Hirth 1896)*

# Verkehrsinfrastrukturpolitik aus der Krise helfen

Pkw-Vignette Zwischenlösung zur Privatisierung des Autobahnnetzes

## **Bund hält Bayern Mittel für Neuinvestitionen vor**

Das Investitionsprogramm 1999 bis 2002 für den Bundesfernstraßenbau sieht ein dramatisches Zurückfahren der Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur vor. Im Ergebnis stehen Bayern für den Neubeginn von Maßnahmen im Bundesfernstraßenbau für die nächsten drei Jahre nur 29 Millionen DM zur Verfügung, was praktisch Null bedeutet. Im Bayern werden rund 50 Projekte mit einem Gesamtwert von 2,6 Milliarden DM, die zum Baubeginn anstünden, mindestens bis 2003 blockiert.

## **Verkehrsinfrastrukturinvestitionen für Wachstum unverzichtbar**

Auf einer Pressekonferenz in Regensburg erinnerte Dipl.-Ing. Albert Friedmann, Vorsitzender der Fachabteilung Straßenbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes, an den Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung. Dort steht: „Verkehrsinvestitionen sind für nachhaltiges Wachstum unverzichtbar. ... Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands von zentraler Bedeutung.“

## **Bund missachtet eigene Vorgaben**

Die aktuelle Investitionspolitik des Bundes, aber auch konkrete Einzelentscheidungen wie der Baustopp an der A 99, die Behandlung der A 94 und der A 6 und weiterer zentraler Autobahnprojekte oder auch die Abkehr von der ICE-Strecke Nürnberg-Erfurt und anderen wichtigen Schienenprojekten in Bayern ließen sich mit den im Prinzip richtigen Aussagen des Koalitionsvertrages nicht vereinbaren. Die Verkehrsinfrastrukturpolitik stecke tief in der Krise.



*Dipl.-Ing. Albert Friedmann und Baudirektor Siegfried Scheuer auf der gemeinsamen Pressekonferenz am 15.11.1999*

## **BBIV-Forderung: Bundesverkehrsset angemessen ausstatten**

Deshalb fordert Friedmann eine der Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur angemessene neue Mittelaufteilung im Bundeshaushalt. Die Investitionsmittel insbesondere im Etat des Bundesverkehrsministeriums müssten deutlich aufgestockt und auf die früheren Quoten der Investitionsanteile am Bundeshaushalt angehoben werden. Wenn das mit einer Rückführung der überbordenden Etatansätze des Bundesverkehrsministeriums und der Umkehrung der Dynamik der Mittel für den 2. Arbeitsmarkt verbunden würde, dann liege das im unmittelbaren Interesse unseres Standortes und der nachfolgenden Generation.

## **Kurzfristig Lösungen nötig Empfehlung: Pkw-Vignette**

Für Friedmann werden die Auswirkungen von Investitionsenthaltungen durch das marode Verkehrswesensystem der DDR zur Genüge belegt. Deshalb fordert er, bedarfsgerechte Investitionen in den Verkehr schon kurzfristig möglich zu machen. Sollte dies über den Bundeshaushalt nicht möglich sein, müssten Zwischenlösungen gesucht werden. Dazu schlägt er vor,

die Autobahn-Vignette für Pkw – nach dem Bayerischen Modell – schon im Jahr 2000 zu realisieren.

## **Streckenbezogene Lkw-Gebühr verursachergerecht anheben**

Gestützt auf das Verursacherprinzip regt Friedmann weiter an, die bereits heute erhobene, von der Bundesregierung für 2002 als streckenbezogen gedachte Lkw-Gebühr schon 2000 und 2001 deutlich anzuheben. Denn eine 10-Tonnen-Achse eines Lkw's belastet den Untergrund im Übergang so stark wie 160.000 PKW-Achsen.

## **Erträge zweckgebunden für Verkehrsinfrastruktur verwenden**

Die Erträge aus beiden Gebühren dürften keinesfalls in den allgemeinen Etat fließen, sondern müssten zweckgebunden für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur verwendet werden.

## **Zwischenlösung bereitet Weg für Privatisierung des Autobahnnetzes**

Diese Zwischenlösungen müssten den Weg bereiten für eine Privatisierung des gesamten Autobahnnetzes. Ziel müsste es sein es, die künftige Finanzierung des Autobahnnetzes auf die solide Basis etwa einer Aktiengesellschaft zu stellen.

## **Bayerische Staatsregierung zu Gesetzesinitiative aufgefordert**

Friedmann wörtlich: „Im Einvernehmen mit vielen anderen Wirtschaftsverbänden in Bayern erwartet die Bauindustrie von der Bayerischen Staatsregierung, der investitionsfeindlichen Politik der Bundesregierung entschlossen zu begegnen. Wir fordern die Staatsregierung auf, die des längeren vorliegenden Vorschläge zur Einführung einer Vignette auf den ihr zugänglichen Gesetzgebungswegen sofort anzugehen.“ ■

# Richtungsweisende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zum Vergaberechtsschutz

## **EuGH: Rechtswidrige Vergabebeschlüsse müssen aufhebbar sein**

Die EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die dem Vertragsschluss vorangehende Entscheidung des Auftraggebers darüber, mit welchem Bieter eines Vergabeverfahrens er den Vertrag schließt, in jedem Fall einem Nachprüfungsverfahren zugänglich zu machen, in dem der Antragsteller unabhängig von der Möglichkeit, nach dem Vertragsschluss Schadensersatz zu erlangen, die Aufhebung der Entscheidung erwirken kann, wenn die Voraussetzung hierfür erfüllt sind – so der Tenor des mit Spannung erwarteten EuGH-Urteils vom 28.10.1999 (Rechtssache C-81/98).

## **Umsetzung durch Mitgliedsstaaten**

Die EU-Mitgliedstaaten müssen also sicherstellen, dass die Entscheidung über die Vergabe eines öffentlichen Auftrages rechtlich überprüft werden kann, bevor der Vertrag tatsächlich geschlossen wird. Mitbewerber müssen die Möglichkeit haben, die Zuschlagserteilung an einen Auftragskonkurrenten nachprüfen und notfalls aufheben zu lassen. Nicht ausreichend ist, dass ihnen nach nationalem Recht ein Schadensersatzanspruch für den Fall zusteht, dass sie bei der Auftragsvergabe zu Unrecht übergangen wurden.

## **Schadensersatz nicht ausreichend**

Anlass für dieses EuGH-Urteil war ein österreichischer Vergaberechtsstreit über die Lieferung von elektronischen Datenübertragungssystemen auf österreichischen Autobahnen. Die EuGH-Richter mussten darüber entscheiden, ob in einem Vergabeverfahren das praktische Zusammenfallen

von Zuschlagsentscheidung des Auftraggebers und Vertragsschluss mit dem siegreichen Bieter gegen das Gebot effektiven Rechtsschutzes verstößt. Nach österreichischem Recht können benachteiligte Anbieter nach Vertragsschluss nur noch Schadensersatzansprüche geltend machen, die wirtschaftlich häufig uninteressant sind. Ein Eingriff in das möglicherweise rechtswidrige Vergabeverfahren nach Zustandekommen des Vertrages ist dagegen ausgeschlossen.

## **Nachprüfung des Zuschlags**

Die Europarichter stellten klar, dass es dem europäischen Vergaberecht zuwiderläuft, wenn der Zuschlag einer Nachprüfung entzogen ist. Ziel der einschlägigen EU-Richtlinie sei es nämlich, Entscheidungen des Auftraggebers zu einem Zeitpunkt zu überprüfen, zu dem Verstöße noch beseitigt werden könnten. Zuschlagsentscheidung und Vertragsschluss sind nach Meinung des EuGH also zweierlei Dinge, die auch zeitlich getrennt zu betrachten seien.

## **Auswirkungen auf Deutschland**

Diese EuGH-Entscheidung hat auch unmittelbar Auswirkungen auf Deutschland, denn auch nach deutschem Recht fallen Zuschlag und Vertragsschluss zusammen. Für die Verbesserung des Primärrechtsschutzes bei der Vergabe öffentlicher Aufträge hatte sich bereits die Vergabekammer des Bundes in einer Entscheidung („Euro-Münzplättchen“) im April dieses Jahres ausgesprochen und entschieden, dass nichtberücksichtigte Bieter spätestens 10 Tage vor dem Zuschlag hierüber zu benachrichtigen seien. Diese Auffassung der Vergabekammer des Bundes wird nunmehr durch dieses aktuelle EuGH-Urteil bestätigt.

## **7 Tage vor Zuschlag Bieter informieren**

Nach jüngsten Informationen soll in Deutschland dieser EuGH-Entscheidung im Zuge der anstehenden Novellierung der Vergabeverordnung des Bundes Rechnung getragen werden. Danach sollen die Auftraggeber verpflichtet werden, die Bieter, auf deren Angebot der Zuschlag nicht erteilt werden soll, über die vorgesehene Nichtberücksichtigung ihrer Angebote und deren Gründe sowie den Namen des Bieters, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, innerhalb von 7 Werktagen vor der Zuschlagserteilung zu informieren. Damit wird nun endlich einer seitens der bauwirtschaftlichen Verbände schon seit langem erhobenen Forderung nach mehr Transparenz zwischen Submissionstermin und Zuschlagsentscheidung Rechnung getragen. ■

# Informationstechnologie für den Bau

Ansichten vom Professor Georg Nemetschek

## Dienstleistung und High Tech – Begriffe für den Bau?

Dienstleistung muss im Land selbst erbracht werden – und das gilt auch für die Produkte der Bauwirtschaft. Insofern ist Bauleistung der Dienstleistung verwandt.

Ein neues Tätigkeitsfeld der Bauwirtschaft ist die Zusammenführung der Prozesskette Bau – angefangen vom Projektentwickeln über Planung und Bauen bis hin zum Verwalten und Managen der fertigen Bauwerke. Das führt Bauindustrie und freiberufliche Dienstleister künftig immer enger zusammen.

In der Ausstattung der Bauindustrie mit Maschinen und Ingenieurskunst wird High Tech pur geschrieben, ist die Bauwirtschaft führend. Was sie noch nicht genügend angenommen hat, sind die Chancen, die sich aus der Informationstechnologie (IT) ergeben: eine Verbesserung des gesamten Bauprozesses. Bisher werden etwa, um billiger zu werden, billigere Arbeitskräfte genommen, anstatt Vorteile in IT zu suchen.

## Informationstechnologie in der Prozesskette Bau

In der gesamten Prozesskette Bau – vom Entwurf über Ausschreibung, Planung, Ausführung, Abrechnung und Facility Management – müssen Daten durchgehend zur Verfügung stehen. Alle am Bauprozess Beteiligten müssen alle Daten jederzeit nutzen können – an jeder Stelle, in nicht redundanter Form und manipulierbar mit Softwarewerkzeugen. Dadurch könnte der Bauprozess um 10 % rationalisiert werden, die Planung um 20 und das Facility Management – die Nutzung – um 30 %. Von diesen Zielen sind wir noch sehr weit weg. Wenn sich das Tätigkeitsfeld der Bauwirtschaft weiter in Planung und Nutzung ausweitet, wird dieser Datenfluss jedoch immer wichtiger.

Mit Komplettsystemen aus einer Hand – etwa von Nemetschek – kann dieser Datenfluss durchgängig organisiert, jeder Schritt der Prozesskette versorgt und eingebunden werden. Bei einer Kombination unterschiedlicher Software-Systeme kommen Schnittstellen zum Tragen, der Datentransfer ist eingeschränkt.

## Perspektive: Arbeit mit kompletten Produktmodellen

Die Organisation des Datenflusses hängt derzeit an hinterlegten Dokumenten. In einigen Jahren erreichbare Perspektive ist der Aufbau eines einzigen Produktmodells für jedes Projekt, auf das alle Beteiligten mit ihren jeweiligen Instrumenten über das Internet zugreifen können. Eine „Sprache“ zum Zugriff auf solche Produktmodelle wurde bereits entwickelt.

## IT fördert Individualität der Produktherstellung am Bau

Durch konsequente Kombination von Planung und Herstellung durch IT-gestützte Instrumente lässt sich speziell in der Vorfertigung von Bauteilen ein Höchstmaß an produktbezogener Individualität und Beliebigkeit erreichen.

In der heutigen Praxis haben viele Planungen eine Komplexität erreicht, die ohne CAD- und IT-Instrumente nicht mehr umsetzbar ist. Zusätzlich erlaubt die CAD dem Architekten eine viel größere Formensprache (ohne dass sie allerdings aus einem schlechten einen guten Architekten machen könnte).

## Virtuelle Unternehmen am Bau

Die komplexe, immer neue Zusammenarbeit unterschiedlicher Partner ist für den Bau typisch. Sie umfasst nicht nur die Produktion, sondern etwa auch kaufmännische Bereiche. Organisiert wird die Zusammenarbeit in immer neuen Netzen durch Electronic Document Management. Bei größeren Vorhaben – wie dem Flughafen München II – mit ihren hunderttausenden von Plänen, Daten etc. ist erfolgreiche Arbeit ohne diese Systeme nicht mehr möglich.

## IT auf der Baustelle

Für den Bauleiter und Polier wird der Computer zur Standardausstattung, der Maurer wird noch auf absehbare Zeit keinen mit sich tragen. Aber auch der Facharbeiter wird optimierte Vorarbeit spüren – z.B. über vorab anhand der Plandaten perfekt zugeschnittene und zusammengeschnittene Bewehrungsteppiche, die nur noch ausgerollt werden müssen. Dieses System etwa ermöglicht konkret Bewehrungsersparnisse von bis zu 30 %, entsprechend steigen Produktivität und Wertigkeit des Arbeiters. Ähnliche Vorteile bringt der Ersatz von Ortbeton durch automatisch und individuell vorgefertigte Teile. ■



Dieser Artikel fußt auf einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Nemetschek AG, Professor Georg Nemetschek. Im Bild: Die Zentrale des Unternehmens in München.

# Unternehmensethik: Instrumente und praktische Erfahrungen

Professor Dr. Josef Wieland, Direktor des Zentrums für Wirtschaftsethik in Konstanz

## Ist Ethik im wirtschaftlichen Alltag relevant?

Mehr als 90 % der nordamerikanischen Unternehmen haben sich einen „code of ethics“ oder „code of conduct“ gegeben. Das Thema ist auch in Deutschland in Bewegung geraten – Beispiel ist der Bayerische Bauindustrieverband mit dem EthikManagement der Bauwirtschaft. Auch große Wirtschaftsprüfungsgesellschaften werden hier immer aktiver.

## Globaler Markt Triebkraft der neuen Unternehmensethik

Globalisierung – das ist nicht nur weltweite Wettbewerbs-, sondern auch weltweite Kooperationsfähigkeit. Beides ist im Unternehmen rekursiv vernetzt. Die Wirtschaft des nächsten Jahrtausends wird eine Kooperationsökonomie sein. In einer Zeit, in der ein und die selbe Firma Lieferant, Partner und Wettbewerber einer anderen Firma sein kann und in der zwischen den Einheiten dezentralisierter Unternehmen sowohl Wettbewerb um Ressourcen und Aufträge als auch Kooperation vorausgesetzt werden, ist die Fähigkeit zur „coopetition“ – also parallelem Management von „cooperation“ und „competition“ – entscheidend. In komplexen, internationalen Märkten ist eine solche Verhaltensdisposition ohne gelebte Werte wie Fairness, Verantwortung und Vertragstreue nicht möglich.

## Werte und Personalmanagement

Wettbewerbsvorteile des Einzelnen und der Unternehmen auf globalen Märkten fußen zunehmend auf nicht imitierbarer persönlicher Kompetenz der Mitarbeiter. Der fast permanente organisatorische Umbau von Unternehmen lässt Karriereplanung zur Lebensplanung für Mitarbeiter mutieren. Fokus ist nicht mehr eine Position im Betrieb, sondern die Fähigkeit, sich

am Arbeitsmarkt zu bewegen. Gleichzeitig braucht das Unternehmen die Identifizierung mit sich und seinen Zielen und ein vorbehaltloses Einbringen der individuellen Ressourcen. Ohne eine starke und glaubwürdige Wertekultur sieht sich Personalpolitik an dieser Stelle nur noch mit nicht-kommunizierbaren Selbstwidersprüchen konfrontiert.

## Unternehmen in der Gesellschaft

Eine weitere Triebkraft für Wertebezug des Unternehmensmanagements ist die zunehmende Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung der Unternehmen – ausgelöst durch Verlagerung von Verantwortung von der Politik an die Unternehmen. Damit korrespondiert der Umstand, dass Unternehmen heute in und von der Öffentlichkeit für eine Vielzahl von Problemen der Gesellschaft verantwortlich gehalten werden.

## Wertansprüche in Steuerungsstrukturen verankern

Unternehmensethik hat in der Praxis nichts mit den Tugenden der einzelnen Akteure zu tun – denn die lassen sich nicht managen. Aufgabe ist der Einbau von Wertansprüchen und Werthaltungen eines Unternehmens in seine Steuerungsstrukturen: Sind diese so konzipiert, dass sie Anreiz für moralisches Handeln des Einzelnen im Unternehmen und in der Wirtschaft bieten, oder ist es umgekehrt?

## Praktische Umsetzung unternehmensethischer Ansprüche

Instrument zum Management von Unternehmenswerten können EthikManagementSysteme sein. Diese geben einer Organisation durch Selbstbeschreibung und Selbstbindung Identität und signalisieren Partnern und Mitgliedern Erwartungssicherheit zu Handeln und Verhalten. Ein EthikMa-

agementSystem fußt auf vier Stufen:

1. der Festlegung der Unternehmenswerte – Grundlage des EthikManagements; sie umfasst moralische, Leistungs-, Kommunikations- und Kooperationswerte;
2. ihrer Kommunikation in Teams, im Unternehmen und nach außen – entscheidendes Instrument, um Verhaltensstandards mit Leben zu füllen;
3. der Implementierung – über Aufklärung, Selbstverpflichtung, Trainingsmaßnahmen, Mitarbeiterauswahl, Ethik-Barometer etc.;
4. und der Organisation des Wertesystems – in den USA oft über Ethic Officers, in Deutschland eher funktional integriert in Qualitätsmanagement, Kommunikationsabteilung, interne Revision oder als Stabsstelle an die Unternehmensführung angebunden. Wirkung wird jedoch nur entfaltet, wenn das Ethik-Engagement als Chef-sache verstanden und vorgelebt wird.

Die Wirksamkeit all dieser Maßnahmen sollte durch Audit-Systeme überprüft werden.

## Ausblick

Unternehmensethik steht heute im Einklang mit der Entwicklung nationalen und internationalen Rechts und seiner Rechtsfiguren wie Vorstands- und Geschäftsführerhaftung oder Organisationsverschulden. Damit wird ihr Management zur strategisch und operativ zentralen Frage, zum Standard im internationalen strategischen Management. ■

*Zusammenfassung eines Vortrages am 4.11.1999 vor dem Wirtschaftsbeirat der Union e.V.*

# Werden Gewerkschaften noch verstanden?

Mitgliederzahlen sprechen andere Sprache

Die Debatte um die „Rente mit 60“ zeigt: Die Gewerkschaften, an ihrer Spitze die IG Metall, bestimmen die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung in Deutschland so stark wie seit Anfang der 80er Jahre nicht mehr. In den Regierungsfractionen des Bundestages, besonders der SPD, sind sie weit überproportional vertreten. Dabei geht die Mitgliederzahl der Gewerkschaften seit Jahren deutlich zurück. Entspricht der Einfluss der Gewerkschaften noch ihrer Verankerung bei den Arbeitnehmern?

## Verankerung deutlich gesunken

Lässt man außer Acht, dass die Gewerkschaften auch Mitglieder aufführen, die nicht mehr aktiv im Berufsleben stehen, so erfassten DGB, DAG und CGB zusammen 1991 37,4 % der abhängig Erwerbstätigen, 1998 waren es noch 28,5 %. Zwar sank zwischen 1991 und 1998 auch die Zahl der abhängig Beschäftigten in Deutschland – von 33,9 auf 31,9 Millionen. Das sind allerdings nur 5,9 %. Der Mitgliederschwund der Gewerkschaften ist weit überproportional.

## DGB

Von 1991 bis 1998 sank die Zahl der Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes um 29,6 % von 11,8 auf 8,3 Millionen. Das sind beeindruckende 23,7 Prozentpunkte mehr als der Rückgang der abhängig Beschäftigten. Besonders litt die Zukunftsperspektive: Der Anteil der Jugendlichen an den DGB-Mitgliedern sank von 11,5 auf 6,9 %.

## DAG und CGB

Die Deutsche Angestelltengewerkschaft erlebte gleichzeitig einen Schwund von 17,9 % und lag 1998 bei 480.000 Mitgliedern. Allein der Christliche Gewerkschaftsbund hielt sich – auf niedriger Basis – besser als der

Rückgang der Beschäftigten: Er verlor 2,5 %, zu ihm hielten 1998 noch 303.000 Mitglieder.

## IG Metall

Auch der politische „Leithammel“ der Gewerkschaften, die IG Metall, musste kräftig abspecken: Im besagten Zeitraum sank ihre Mitgliedschaft um 23,5 % – ein Absturz, der ohne die Aufnahme der Holz- und der Textilgewerkschaft noch wesentlich deutlicher ausgefallen wäre. Der Anteil der Jugendlichen reduzierte sich von 14,2 auf nur noch 7,3 %.

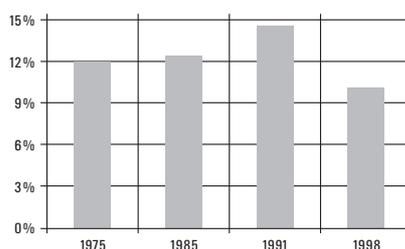
## IG BAU

Die IG BAU – viertgrößte Einzelgewerkschaft Deutschlands – hatte 1998 noch 614.650 Mitglieder, das sind fast 300.000 oder 32,6 % weniger als noch 1991.

## Langzeitvergleich

Ähnliche Entwicklungen prägen die gesamte Gewerkschaftslandschaft. Auch der Langzeitvergleich zeigt: Ende 1975 hatten die DGB-Gewerkschaften 7,36 Millionen Mitglieder, 10 Jahre später waren es noch 7,72. 1991 stieg die Zahl der Organisierten durch die Wiedervereinigung auf 11,8 Millionen. Dann ein dramatischer Einbruch: Die Zahl Ende 1998 liegt mit 8,31 Millionen nur noch wenig über dem Stand der 70er Jahre – und das bei einer um 20 Millionen, also etwa 33 % größeren Bevölkerung.

## Anteil der Gewerkschaften an der Bevölkerung



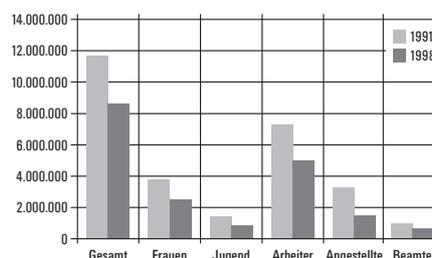
## Vertreten die Gewerkschaften noch die Arbeitnehmer?

Diese Entwicklung wirft Fragen auf, denen sich vor allem die Gewerkschaften stellen müssen:

- Entspricht die Gewerkschaftspolitik noch dem, was die Arbeitnehmer für Beiträge und Streit- wie Streikbereitschaft erwarten würden?
- Oder reduzieren sich die Gewerkschaften immer stärker auf einen ideologisch isolierten harten Kern, der Positionen vertritt, die die Mehrheit der Arbeitnehmer nicht teilt? ■

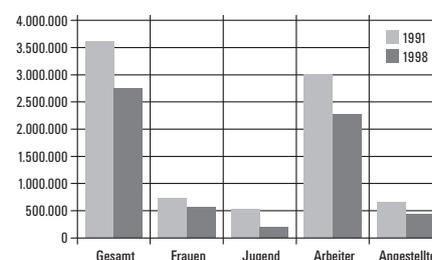
## DGB

Mitglieder 1991/1998



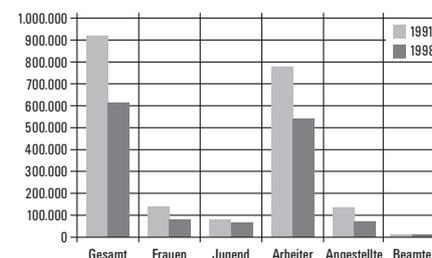
## IG Metall

Mitglieder 1991/1998



## IG BAU

Mitglieder 1991/1998



## Aktuelle Rechtsprechung

### **Auftragnehmer trotz Abnahme ausnahmsweise für Fehlerfreiheit beweispflichtig (§§ 633, 640 BGB)**

Wenn das Werk des Unternehmers bei der Abnahme durch den Auftraggeber unstreitig noch mangelhaft war und der Unternehmer deshalb nach der Abnahme Nachbesserungsversuche unternommen hat, muss er gegenüber der wegen dieser Mängel erhobenen Wandelungsklage des Auftraggebers beweisen, dass die Mängel beseitigt sind.

BGH, Urteil vom 3.3.1998 – Az.: X ZR 14/98  
(NJW-RR 1998, 1268 = IBR 1998, 531)

### **30jährige Verjährungsfrist für die Gewährleistung bei Flachdachmängeln? (§ 638 BGB)**

1. Ein arglistiges Verschweigen von Baumängeln mit der Folge einer dreißigjährigen Verjährungsfrist kann nicht schon daraus geschlossen werden, dass bei einem Flachdach im Jahre 1978 bei der Verwendung der Rollbahnen der sog. Rüttelverdichtungseffekt außer acht gelassen wurde, die Dachbahnen nur punktuell angeklebt wurden und die gewählte Attikakonstruktion den Zutritt von Innenluft in den Wärmedämmungsraum gestattet.

2. Nur bei besonders krassen Mängeln kann auf ein dem arglistigen Verschweigen gleichzusetzendes Organisationsverschulden geschlossen werden.

3. Erkennt der Auftraggeber einen Mangel innerhalb der regulären Gewährleistungszeit und wartet er mit dessen Geltendmachung mehrere Jahre, so kann er sich nicht auf ein Organisationsverschulden berufen.

OLG Hamm, Urteil vom 4.11.1997 – Az.: 21 U 45/97 – Revision vom BGH mit Beschluss vom 8.10.1998 – Az.: VII ZR 21/98 nicht angenommen – (NJW-RR 1999, 171)

### **Bauhandwerkersicherungshypothek (§ 648 BGB)**

Wegen erbrachter Planungs- und Bauleistungen kann der Auftragnehmer nach Kündigung den Auftraggeber gemäß § 648 BGB in Anspruch nehmen, wenn er eine prüffähige Schlussrechnung erteilt hat.

OLG Naumburg, Urteil vom 12.9.1996 – Az.: 3 U 146/95  
(Baurecht 1998, 1105 = IBR 1999, 7)

1. Dem Bauträger obliegt die Darlegung und Glaubhaftmachung der Mängel, wenn er die Leistungen des Unternehmers dadurch konkludent abgenommen hat, dass er die Wohnungen vermarktet.

2. Die Vorlage einer Vielzahl von Mängelrügen genügt den Anforderungen an die Glaubhaftmachung nicht.

OLG Hamm, Urteil vom 7.10.1998 – Az.: 12 U 19/98 (IBR 1999, 63)

1. Es besteht kein Anspruch auf Eintragung einer Bauhandwerkersicherungshypothek, wenn sich die Leistung nicht werterhöhend auf das Baugrundstück ausgewirkt hat.

2. Steht dem Unternehmer infolge einer freien Kündigung des Bestellers ein Vergütungsanspruch auch hinsichtlich der nicht erbrachten Leistungen abzüglich ersparter Aufwendungen zu, so hat er insoweit keinen Anspruch auf Einräumung einer Bauhandwerkersicherungshypothek, weil sich ein solcher Anspruch auf Forderungen bezieht, denen eine Leistung des Auftragnehmers, die zu einer Wertsteigerung des Grundstücks führt, nicht zugrunde liegt. Ebenso können Schadensersatzsprüche des Auftragnehmers gemäß § 6 Nr. 6 VOB/B aus gestörtem Bauablauf, wie z. B. Stillstandskosten, nicht durch eine Bauhandwerkersicherungshypothek gesichert werden, weil Schadensersatzansprüche nicht zu den sicherbaren Forderungen im Sinne des § 648 BGB gehören. Sinn und Zweck dieser Vorschrift ist es, dem Unternehmer eines Bauwerks für seine Werklohnforderung als Privilegierung gegenüber anderen Gläubigern eine Sicherheit am Baugrundstück zu verschaffen, weil er durch seine Leistung den Wert des Baugrundstücks erhöht hat. Eine Werterhöhung findet aber gerade nicht statt, wenn es sich nur um Schadensersatzansprüche wegen Bauzeitunterbrechung handelt, die weitestgehend aus für eine Wertsteigerung des Grundstückes nutzlosen Vorhaltekosten bestehen.

OLG Jena, Urteil vom 22.4.1998 – Az.: 2 U 1747/97  
(IBR 1998, 521 = BauR 1999, 179)

### **Kündigung des Bauvertrages nach nicht erbrachter Sicherheit gemäß § 648 a BGB**

1. Die Vereinbarung von Abschlagszahlungen in einem Bauvertrag reicht allein nicht aus, um das Sicherheitsinteresse des Auftragnehmers auf die in Betracht kommende Rate zu beschränken.

2. Dem Auftraggeber steht ein Leistungsverweigerungsrecht wegen behaupteter Mängel gegenüber dem Sicherheitsverlangen des Auftragnehmers allenfalls in Höhe des dreifachen Druckzuschlags der Mangelbeseitigungskosten zu.

3. Verlangt der Auftragnehmer eine überhöhte Sicherheit, ist sein Begehren nicht unwirksam, sondern verpflichtet den Auftraggeber, fristgerecht Sicherheit in angemessener Höhe anzubieten.

4. Zu den Anforderungen an die Geltendmachung eines Anspruchs nach §§ 648 a Abs. 5, 645 BGB.

*OLG Düsseldorf, Urteil vom 28.4.1998 – Az.: 23 U 150/97 (Baurecht 1999, 47 = Baurechts-Report 1999/1, S. 2)*

#### **Kündigung oder Aufhebung eines Bauvertrages gemäß § 648 a Abs. 5 BGB und Berechnung des Anspruchs für die erbrachte Leistung gemäß § 645 BGB**

1. Der sich aus § 645 Abs. 1 BGB ergebende Anspruch auf Vergütung der geleisteten Arbeit ist nach den Grundsätzen zu berechnen, die die Rechtsprechung für den Anspruch auf Vergütung erbrachter Leistungen nach einem gekündigten Werkvertrag entwickelt hat.

2. Die Abgrenzung zwischen erbrachten und nicht erbrachten Leistungen eines Pauschalvertrages muss nicht zwingend durch ein Aufmaß erfolgen. Sie kann sich aus den Umständen der Vertragsabwicklung ergeben.

3. Die nachträgliche Bewertung der erbrachten Leistung muss den Besteller in die Lage versetzen, sich sachgerecht zu verteidigen. Eine ausreichend aufgegliederte, gewerkebezogene Kalkulation kann im Einzelfall genügen. *BGH, Urteil vom 11.2.1999 – Az.: VII ZR 91/98 (NJW 1999, Heft 18, VI)*

#### **Verkehrssicherungspflicht des Auftraggebers (§ 823 BGB)**

1. Die Verkehrssicherungspflicht des Bauherrn als Veranlasser des Bauvorhabens gilt im Verhältnis zu dem vom ihm beauftragten Unternehmer und dessen Mitarbeitern, soweit es um die Sicherheit einer Baustelle geht, nur eingeschränkt; denn für die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften ist der Unternehmer verantwortlich.

2. Der Bauherr ist nicht verpflichtet, die Arbeiten mehrerer an einem Bauvorhaben tätiger Unternehmer im Hinblick auf die zur Unfallverhütung erforderlichen Vorkehrungen zu koordinieren.

*OLG Düsseldorf, Urteil vom 17.4.1998 – Az.: 22 U 168/97 (Baurecht 1999, 185)*

#### **Prüffähigkeit der Schlussrechnung (§§ 8, 14, 16 VOB/B)**

1. Wird die Abweisung einer Klage auf Zahlung der sich aus § 8 Nr. 1 Abs. 2 VOB/B ergebenden Vergütung auf eine nicht prüffähige Abrechnung und damit auf fehlende Fälligkeit gestützt, muss sie als zur Zeit unbegründet erfolgen; die Klage darf nicht wegen fehlender Substantiierung des Anspruchs als endgültig unbegründet abgewiesen werden.

2. Eine Klage auf Zahlung der sich aus § 8 Nr. 1 Abs. 2 VOB/B ergebenden Vergütung kann nicht mangels Vorlage einer prüffähigen Rechnung abgewiesen werden, wenn der Auftragnehmer bestimmte kalkulatorische Aufwendungen als erspart mit der Behauptung abgezogen hat, weitere Aufwendungen seien nicht erspart, und der Auftraggeber lediglich den Umfang der benannten Aufwendungen bestreitet.

3. Welche Anforderungen an eine prüffähige Schlussrechnung zu stellen sind, hängt vom Einzelfall ab. Das Gericht hat den Auftragnehmer unmissverständlich darauf hinzuweisen, welche Anforderungen seiner Ansicht nach noch nicht erfüllt sind, und dem Auftragnehmer Gelegenheit zu geben, dazu ergänzend vorzutragen. Allgemeine, pauschale oder missverständliche Hinweise auf die fehlende Prüfbarkeit genügen nicht.

4. Aus einer Vereinbarung über Voraus- oder Abschlagszahlungen im Bauvertrag folgt die vertragliche Verpflichtung des Auftragnehmers, seine Leistungen abzurechnen. Der Auftraggeber hat einen vertraglichen Anspruch auf Auszahlung des Überschusses.

5. Rechnet der Auftragnehmer nicht ab, kann der Auftraggeber die Klage auf Zahlung eines Überschusses mit eigener Berechnung begründen. Soweit dem Auftraggeber nähere Darlegung nicht möglich ist, kann er sich auf den Vortrag beschränken, der bei zumutbarer Ausschöpfung der ihm zur Verfügung stehenden Quellen seinem Kenntnisstand entspricht.

6. Kann der Auftragnehmer nach einer Kündigung des Bauvertrages noch nicht beurteilen, ob und inwieweit er seinen Subunternehmern eine Vergütung zahlen muss, kann er die für die Subunternehmer kalkulierte Vergütung als ersparte Aufwendung in seine Schlussrechnung einstellen und auf Feststellung klagen, dass der Auftraggeber verpflichtet ist, die sich aus der Abrechnung der Subunternehmer ergebende weitere Vergütung zu zahlen.

*BGH, Urteil vom 11.2.1999 – Az.: VII ZR 399/97 (ZfBR 1999, 115)*

### Dipl.-Ing. Franz Schmidhammer,

Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken des Bayerischen Bauindustrieverbandes, wurde am 19.10.1999 durch einstimmigen Beschluss des Senats in das Kuratorium der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg gewählt.

### Bundesanstalt für Arbeit: Haushalt gegen Arbeitgeber

Der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit stellte am 18.11.99 gegen die Stimmen der Arbeitgebervertreter für das Jahr 2000 einen Haushalt in Höhe von 104,14 Milliarden DM fest (Soll 1999: 105,22 Milliarden DM).

<i>Einige Einzelposten (in Mrd. DM)</i>			
2000	1999 (Soll)	Veränderung	
Bundeszuschuss	7,73	11,0	- 3,27
Eingliederungstitel (aktive Arbeitsmarktförderung)	27,8	27,4	+ 0,40
Weitere Mittel für aktive Arbeitsmarktförderung	15,57	14,36	+ 1,21
Arbeitslosengeld	49,4	52,45	- 2,65

Der Anteil der für aktive Arbeitsmarktpolitik eingeplanten Mittel steigt von 39,68 um fast 2 auf 41,65 %.

Abgelehnt wurde die Arbeitgeberförderung, den demographisch bedingten Rückgang der Arbeitslosigkeit zum Anlass für Einsparungen und eine Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zu nehmen und Arbeitsplätzen nicht über den zweiten Arbeitsmarkt, sondern über Investitionen aus dem Bundeshaushalt zu schaffen.

### Zehnplan für Brennertunnel vorgestellt

55 Tunnel-Km 8,5 Milliarden DM 1999 beginnen die Planungen, 2015 soll der Brennerbasistunnel fertig sein. Das erklärte der Generaldirektor der Brenner Eisenbahn GmbH, Hans Lindenberger, zusammen mit dem bayerischen Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner, MdL, dem Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder und den Trentiner Landeshauptmann Lorenzo Dallai.

Bayern sei, so Spitzner, wirtschaftlich an der Bahnverbindung München-Venedig mit dem Herzstück Brenner-Basistunnel (Innsbruck bis Fortalezza) stark interessiert. Der Straßenverkehr im Alpen transit wachse explosionsartig, bis 2010 werde eine Zunahme von 75 % prognostiziert.

Finanziert werden soll der Tunnel auch über Anteile aus dem Gewinn aus der Brennerautobahn.

### Einkommensverteilung: Zunehmende Spreizung nur Legende

<i>Verfügbares Einkommen im Monat je Verbrauchereinheit</i>		
1985 = 100	1996	in DM
Oberschicht	119	3.619
obere Mittelschicht	118	2.269
Mittelschicht	118	1.806
untere Mittelschicht	122	1.444
Unterschicht	122	986

*preisbereinigt, Erwachsene und Kinder unterschiedlich gewichtet. Unterschicht: 20 % der Bev. mit niedrigstem Einkommen = 1 Eink.-Quintil; weitere Schichten entsprechend.*  
Quelle: Argumente zu Unternehmensfr. 10/99

### Unternehmer tragen den Staat

Wenn jemand sagt: „Ich will nicht fragen: Was tut der Staat für mich, sondern: Was tue ich für den Staat“ – ist das Ihre Auffassung, oder ist das nicht Ihre Auffassung?

	Bevölkerung gesamt		Dt. Unternehmer und Manager
	Juni 1992	Januar 1997	Februar 1993
Ist meine Auffassung	22	21	77
Ist nicht meine Auffassung	44	46	13
Unentschieden	34	33	10

Quelle:  
Institut für Demoskopie, Allensbach

### Staat und Ehrenamt

*Ohne Ehrenamt Staat überfordert*  
Das Ehrenamt ist Bekenntnis zur Subsidiarität. Denn der Staat sollte nicht alle Aufgaben selber übernehmen und zu seinen eigenen machen. Damit wäre er nicht nur überfordert, er würde auch schnell seinen Anspruch aufgeben, Garant der Freiheit zu sein. Deshalb sollte er darauf verzichten, Aufgaben an sich zu ziehen, die andere besser erledigen können, sei es die Familie, seien es kleine Gruppen, seien es die Verbände oder Selbstverwaltungsträger. Dort werden viele Aufgaben rascher, ideenreicher, viel bürger- und unternehmensnäher und auch viel günstiger bewältigt als in der schönsten staatlichen Behörde.  
Fritz Schoser, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages

Wir übermitteln den Jubilaren  
unsere herzlichsten Glückwünsche

**Dipl.-Ing. Alexander v. Wilcken**

Mitglied des Vorstandes der  
Heilit + Woerner Bau-AG, München

60. Geburtstag am 15.12.1999

Herr v. Wilcken ist seit 1997 Mitglied  
des Vorstandes des BBIV.

**Dipl.-Ing. Gottfried Kuhlmann**

Prokurist und Hauptnieder-  
lassungsleiter Ingenieurbau Süd der  
Wayss & Freytag AG, München

60. Geburtstag am 17.12.1999

Herr Kuhlmann ist seit 1995 Mitglied  
des Beirats des Bezirksverbandes  
Nürnberg/Mittelfranken sowie seit  
1997 des Gesamtbeirates des BBIV.

**Dipl.-Ing. (FH)  
Rudolf Schmölzl**

Gesellschafter und Geschäftsführer  
der Gebr. Schmölzl GmbH & Co. KG,  
Bayerisch Gmain

75. Geburtstag am 26.12.1999

**Dipl.-Ing. Klaus Beyersdorf**

Geschäftsführer der Baugesellschaft  
mbH Otto Hauch & Co., Coburg

70. Geburtstag am 29.12.1999

**Dipl.-Ing. Helmuth Velz**

Gesellschafter der Velz GmbH,  
Ainring

65. Geburtstag am 5.1.2000

**Dipl.-Ing. (FH) Hans Wendel**

Mitinhhaber und Geschäftsführer  
der Hans Wendel GmbH, Nürnberg

80. Geburtstag am 6.1.2000

**Wolfgang Jüttner**

Leiter der Niederlassung Bamberg  
der Baugesellschaft Malchow GmbH

50. Geburtstag am 8.1.2000

**Peter Riedhammer**

Mitinhhaber und Geschäftsführer  
der Riedhammer GmbH, Nürnberg

50. Geburtstag am 13.1.2000

**Dipl.-Ing. (FH) Edgar Höllein**

Geschäftsführer der Höbau A. Höllein  
GmbH, Bamberg

60. Geburtstag am 17.1.2000

## Seminare – Veranstaltungen



**BauindustrieZentrum Nürnberg-Wetzendorf**  
Tel.: 0911/9 93 43 - 43

**7.12./8.12.1999**

Gesprächsführung für Bauleiter

**19./20.1.2000**

Kaufmännisches Wissen für Ingenieure

**25.1./26.1.2000**

Der Polier – Visitenkarten unseres Bauunternehmens

**1.2./2.2.2000**

Bauvertragsrecht in der Praxis

**15.2. bis 17.2.2000**

Der Polier im SF-Bau

**17.2.2000**

Seminarreihe für „Bauleiter 2000“:

Modul 9 – Von der Kalkulation bis zur Abrechnung

**17.2./18.2.2000**

Moderne Vermessungstechniken

– der Elektronische Tachymeter

**23.2./24.2.2000**

Abnahme und Gewährleistung von VOB und BGB

**29.2./1.3.2000**

Zeitmanagement – Steigerung der Arbeitseffizienz

**2.3./3.3.2000**

Kalkulation und Kostenrechnung für Poliere



**BauindustrieZentrum München-Stockdorf**  
Tel.: 089/89 96 38 – 11

**9.12.1999**

Seminarreihe für „Bauleiter 2000“:

Modul 7 – Rechtsgrundlagen für Bauleiter

**9.12./10.12.1999**

Einsatz von Stromaggregaten auf der Baustelle

**24.1./25.1.2000**

Führungstechnik und moderne Mitarbeiterführung

**26.1.2000**

Strafrechtliche Fallstricke für Bauunternehmen

**27.1.2000**

Seminarreihe für „Bauleiter 2000“:

Modul 8 – Aktuelle Entwicklung im SF-Bau

**3.2.2000**

Seminarreihe für „Bauleiter 2000“:

Modul 10 – Einführung Projektmanagement

**3.2./4.2.2000**

Einsatz von Stromaggregaten auf der Baustelle

**14.2. bis 18.2.2000**

Bauleiter im SF-Bau

**16.2.2000**

Insolvenz am Bau

**29.2./1.3.2000**

Herstellen, Verarbeiten und Prüfung von Beton

# Zahlen zur Lage der Bauwirtschaft in Bayern

## Bauleistung

Bauproduktion <sup>1)</sup> Geleistete Arbeits- stunden (in 1000)	Sept. 1999	Gegenüber Vorjahres- monat	Jan. bis Sept. 1999 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	21.925	- 1,7 %	- 2,6 %
Wohnungsbau	9.641	- 3,7 %	- 2,6 %
Wirtschaftsbau	5.816	+ 2,9 %	- 1,6 %
Öffentlicher Bau insg.	6.468	- 2,5 %	- 3,7 %
davon Öff. Hochbau	1.448	- 6,5 %	- 9,7 %
Straßenbau	2.470	+ 4,5 %	- 0,2 %
Sonstigen Tiefbau	2.550	- 6,3 %	- 2,6 %

Produktionsindex <sup>1)</sup> (arbeitsfähig) 1995 = 100	Sept. 1999	Gegenüber Vorjahres- monat	Jan. bis Sept. 1999 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	103,7	+ 1,4 %	- 0,4 %
Hochbau	99,3	+ 0,2 %	- 2,0 %
Tiefbau	114,8	+ 4,0 %	+ 3,9 %

Umsatz <sup>1)</sup> ohne MwSt. in Mio. DM	Sept. 1999	Gegenüber Vorjahres- monat	Jan. bis Sept. 1999 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	3.319,2	+ 8,3 %	+ 2,0 %
Wohnungsbau	1.316,1	+ 11,2 %	+ 3,2 %
Wirtschaftsbau	1.028,2	+ 8,3 %	+ 7,1 %
Öffentlicher Bau insg.	974,9	+ 4,5 %	- 4,8 %
davon Öff. Hochbau	230,6	+ 0,3 %	- 10,3 %
Straßenbau	351,3	+ 8,3 %	- 4,3 %
Sonstigen Tiefbau	393,0	+ 3,8 %	- 1,7 %

## Lohnkosten

Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup> in DM	Sept. 1999	Gegenüber Vorjahres- monat	Jan. bis Sept. 1999 gegenüber Vorjahr
Lohnsumme je gel. Arbeitsstunde	28,04	+ 2,0 %	+ 1,6 %
Gehaltssumme je Angestellten	5.352	+ 1,8 %	+ 1,3 %
Lohn- und Gehalts- summe je Beschäftigten	4.250	+ 3,8 %	+ 3,2 %

1) Vorläufige Ergebnisse

2) Nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

3) Preisbereinigt mit den in dieser Gliederung nur für das Bundesgebiet vorliegenden Preisangaben; insoweit vorläufige Werte

4) Offene Stellen und Arbeitslose Bauhauptgewerbe  
Kurzarbeiter Bauhauptgewerbe

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung  
ifo-Institut für Wirtschaftsforschung  
Landesarbeitsämter Bayern

## Baunachfrage

Auftragseingang <sup>1/2)</sup> Inland in Mio. DM	Sept. 1999	Gegenüber Vorjahres- monat	Jan. bis Sept. 1999 gegenüber Vorjahr
---	------------	----------------------------------	--

### nominal

Bauhauptgewerbe	2.333,3	+ 1,7 %	+ 16,9 %
Wohnungsbau	696,2	+ 19,7 %	+ 18,5 %
Wirtschaftsbau	868,0	- 3,3 %	+ 20,3 %
Öffentlicher Bau insg.	769,1	- 5,6 %	+ 12,6 %
davon Öff. Hochbau	141,1	- 39,5 %	+ 0,4 %
Straßenbau	280,8	+ 2,0 %	+ 31,8 %
Sonst. Tiefbau	347,2	+ 13,2 %	+ 6,7 %

### preisbereinigt<sup>3)</sup> (real)

Bauhauptgewerbe	•	+ 2,4 %	+ 18,2 %
Wohnungsbau	•	+ 20,4 %	+ 19,6 %
Wirtschaftsbau	•	- 2,4 %	+ 21,9 %
Öffentlicher Bau insg.	•	- 5,0 %	+ 13,9 %
davon Öff. Hochbau	•	- 38,9 %	+ 1,7 %
Straßenbau	•	+ 2,2 %	+ 32,7 %
Sonst. Tiefbau	•	+ 14,3 %	+ 8,2 %

Baugenehmigungen für Hochbauten in 1000 m <sup>3</sup> Rauminhalt	Sept. 1999	Gegenüber Vorjahres- monat	Jan. bis Sept. 1999 gegenüber Vorjahr
---	------------	----------------------------------	--

Wohngebäude	4.025	+ 3,8 %	- 3,0 %
Wirtschaftsgebäude	4.293	+ 19,3 %	+ 12,9 %
Öffentliche Gebäude	316	+ 37,9 %	- 31,7 %

## Auftragsbestände Bauindustrie

Reichweite in Monaten	Okt. 1999	Sept. 1999	Okt. 1998
Bauindustrie	3,7	4,0	4,2
Wohnungsbau	2,3	2,5	2,7
Wirtschaftsbau	5,2	5,2	5,2
Öffentlicher Bau insg.	3,2	3,6	4,0
davon Öff. Hochbau	2,8	2,9	3,8
Straßenbau	3,7	4,0	4,0
Sonst. Tiefbau	3,2	3,8	4,2

## Arbeitsmarkt

Beschäftigte Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup> Monatsdurchschnitt	Sept. 1999	Gegenüber Vorjahres- monat	Jan. bis Sept. 1999 gegenüber Vorjahr
Tätige Inh., Mitinhaber	12.047	- 5,4 %	- 4,2 %
Kaufm. u. techn. Angestellte	32.951	- 1,2 %	- 1,2 %
Facharbeiter	99.114	- 2,7 %	- 4,1 %
Fachwerker	31.683	- 5,5 %	- 4,9 %
Gewerbl. Auszubildende	10.383	- 6,8 %	- 7,2 %
Insgesamt	186.178	- 3,3 %	- 3,9 %

Arbeitsmarkt <sup>4)</sup> Monatsende	Offene Stellen	Arbeitslose	Kurz- arbeiter
Oktober 1999	2.764	10.089	394
Oktober 1998	2.577	12.825	1.278
Oktober 1997	2.257	15.643	2.277
September 1999	3.066	10.213	434



**80331 München**

Oberanger 32  
Telefon 0 89/23 50 03-0  
Telefax 0 89/23 50 03-70  
Postanschrift:  
Postfach 33 02 40  
80062 München  
[info@bauindustrie.baynet.de](mailto:info@bauindustrie.baynet.de)

**90403 Nürnberg**

Katharinengasse 24  
Telefon 09 11/99 20 70  
Telefax 09 11/9 92 07 30  
[info.nuernberg@bauindustrie.baynet.de](mailto:info.nuernberg@bauindustrie.baynet.de)

**93047 Regensburg**

Hemauerstraße 6/IV  
Telefon 09 41/5 48 90  
Telefax 09 41/5 31 96  
[info.regensburg@bauindustrie.baynet.de](mailto:info.regensburg@bauindustrie.baynet.de)

**86150 Augsburg**

Gratzmüllerstraße 3/II  
Telefon 08 21/3 62 60  
Telefax 08 21/15 09 52  
[info.augsburg@bauindustrie.baynet.de](mailto:info.augsburg@bauindustrie.baynet.de)

**95028 Hof**

Jägerzeile 77  
Telefon 0 92 81/40 82 05  
Telefax 0 92 81/40 82 03  
[info.hof@bauindustrie.baynet.de](mailto:info.hof@bauindustrie.baynet.de)